

Politische Berichte



Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 25 / 16. Jahrgang

15. Dezember 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Haushalts- und Versicherungskrise

Regierung plant neuen Sozialabbau

Die Reserven der Rentenversicherungen werden Ende des Jahres erstmals in der Nachkriegszeit unter das gesetzlich vorgeschriebene Minimum sinken. Mit dieser Schlagzeile machte letzten Montag Arbeitsminister Blüm in der Bildzeitung auf.

Wenige Tage vor Blüm hatte die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) Alarm geschlagen. Ende 1995 werde die „Schwankungsreserve“ der Rentenversicherung 23 Mrd. DM betragen, davon 20,6 Mrd. DM liquide Mittel. Das entspricht den Rentenzahlungen von weniger als 30 Tagen. Hauptgrund sei die erheblich niedrigere Beschäftigung. Die Zahl der Beschäftigten (und damit Beitragszahler) sei um 250.000 niedriger als Anfang 1995 erwartet.

Die Alarmmeldungen der BfA werden nicht die einzigen sein, die in diesen Tagen bei der Bundesregierung eingehen. CSU-Gesundheitsminister Seehofer fordert, die Krankenhauskosten müßten sofort gesenkt werden, sonst würden die Krankenversicherungsbeiträge nicht um 0,4%, sondern noch stärker steigen. Auch der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für 1996 dürfte inzwischen Makulatur sein.

Bei den Regierungsparteien ist deshalb neuer „Handlungsbedarf“ angesagt. Die CSU berät Anfang Januar in Wildbad Kreuth, Ende Januar sind „Strategiegespräche“ mit der CDU. Spätestens dann soll Bundesarbeitsminister Blüm neue Programme zur Begrenzung der Sozialversicherungsausgaben vorlegen, also weitere Leistungseinschränkungen für Arbeitslose, Kran-

ke, Rentner. Ebenfalls im Januar wollen die Ministerpräsidenten der Länder über die Haushaltskrise in Ländern und Kommunen beraten.

Die Finanzkrise der Sozialversicherungen ist eine Folge der anhaltenden Arbeitslosigkeit und der weiter zunehmenden Armut. Nur energische Schritte für soziale Mindeststandards, verbunden mit einer stärkeren Besteuerung der Besserverdienenden und vor allem der Konzerne könnte die Haushalts- und Versicherungskrise dämpfen.

Das wird die Regierung nicht davon abhalten, das alte Muster zu versuchen: weiteren Sozialabbau, evtl. verbunden mit einer neuen Anhebung der Mehrwertsteuer.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen und andere Träger der Kampagne „Aufstehen gegen Sozialleistungs Kürzungen“ haben am 2. Dezember über die von ihnen Anfang November in Bonn organisierte Demonstration gegen Sozialabbau beraten. „Die Innenwirkung der Aktion kann nicht hoch genug bewertet werden. Lokale und regionale Aktionsbündnisse zwischen Selbsthilfegruppen und gewerkschaftlichen Initiativen, Ämtern für Industrie und Sozialarbeit, dem Arbeitslosenverband in den neuen Bundesländern und einigen mehr sind entstanden“, schreiben die BAGs in ihrem Rundbrief. Die bisherigen Aktionen haben bereits erreicht, daß Seehofers „Sozialhilfereform“ und das Asylbewerberleistungsgesetz nicht wie geplant zum Jahresende in Kraft treten. (rül)

Quellen: Rundbrief 4/95 der BAG-SHI; Bild, 11.12.; Handelsblatt, 7.12.



Schon fast vier Wochen befinden sich die Beschäftigten der öffentlichen Einrichtungen Frankreichs im Streik. Etliche Hunderttausend haben die Arbeit niedergelegt. Ein Ende des Streiks ist noch nicht absehbar, auch wenn sich Ministerpräsident Juppe am vergangenen Sonntagabend zu Verhandlungen mit den Gewerkschaften bereit erklärt hat. Weitere Berichte auf den Seiten 5 und 6. (map)

Haftentlassungen im „Radikal“-Verfahren

16.12.: Demonstration in Hamburg

Die vier Gefangenen, die seit dem 13. Juni wegen angeblicher Mitgliedschaft in der zu einer „kriminellen Vereinigung“ erklärten Zeitung „radikal“ in Haft waren, sind am 5. und 6. Dezember überraschend freigelassen worden.

Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof verhängte allerdings die Auflagen, daß für jeden eine Kaution von 20.000 DM eingezahlt wird, die Reisedokumente hinterlegt werden, die vier sich Donnerstags, Samstags und Montags bei den Polizeidienststellen ihrer Wohnorte melden müssen, sie nicht ins Ausland reisen, sie untereinander keinen Kontakt aufnehmen, auch nicht über Dritte.

Die Solidaritätsgruppen, die sich in den vergangenen Monaten in mehreren Städten für die Inhaftierten gebildet hatten, schreiben in einer gemeinsamen Erklärung zu dieser Entwicklung:

„Die Verfahren vom 13.6. laufen weiter. (...) Auch im radi-Verfahren sind die Haftbefehle nicht aufgehoben, für die vier Gesuchten Frank, Mathias, Jutta und Ulli gibt es auch keine Außervollzugsetzung der Haftbefehle. Von den Auflagen für (die jetzt freigelassenen, d. Red.) Andreas, Rainer, Ralf und Werner ist insbesondere das Kontaktverbot zu einander nicht hinnehmbar. Mit diesem Kontaktverbot bezweckt der BGH die Verhinderung der gemeinsamen Prozeßvorbereitung... Formal ist die Außervollzugsetzung der Haftbefehle damit begründet worden, daß es sich bei den vorgeworfenen Taten um Taten im Bereich der „mittleren Kriminalität“ handelt und ein weiterer Vollzug der U-Haft

unverhältnismäßig sei. (...) Keinesfalls bedeutet die Haftaussetzung, daß die Verfolgung mit dem Vereinigungsparagrafen 129 fallengelassen wird. Näherliegend ist, daß die BAW noch unsicher ist, wie sie die Verfahren durchziehen will. Dabei geht es gerade darum, die juristische Konstruktion „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129), deren Zweck die „Werbung und Unterstützung für terroristische Vereinigungen“ (§ 129a) sein soll, durchzusetzen, um sich ein weiteres Instrumentarium zu schaffen, linke Projekte, Zeitungen und Gruppen schneller und für sie unkomplizierter und effektiver kriminalisieren zu können. (...) Die Grundlage der Ermittlungen im radikal-Verfahren sind die Abhörmaßnahmen des LKA Rheinland-Pfalz in einem Haus in Baar-Wanderath (Eifel), bei denen das angebliche radikal-Treffen zufällig mitgeschnitten wurde. Eigentlich waren die Herren auf der Suche nach mutmaßlichen RAF-Mitgliedern... Dieser schwerwiegende Eingriff in das Grundrecht der Unverletzbarkeit der Wohnung ist nach geltendem Strafprozeßrecht nicht zulässig. Eine große Brisanz hat dieses Vorgehen auch auf politischer Ebene: Seit Monaten wird um den „großen Lauschangriff“ im großen politischen Rahmen gestritten, währenddessen wird bereits hinterrum versucht, ihn als legitimes Mittel durchzusetzen. (...) Aufhebung der Haftbefehle! Weg mit den Paragraphen 129 und 129a! Einstellung aller Verfahren!“

Die Demonstration für die Einstellung der Verfahren soll in Hamburg um 12.30 Uhr, Moorweide, beginnen. (rül)



Wohlgemerkt: Auszubildende protestierten am 6. 12. bundesweit gegen fehlende Lehrstellen, die geplanten Verschlechterungen der Ausbildungsförderung für Studenten und Schüler und die Angriffe der Kapitalisten auf die Auszubildenden-Tarife. In Frankfurt (Bild) protestierten 500 Schüler, Schülerinnen und Auszubildende vor der Börse u.a. für eine gesetzliche Ausbildungsabgabe. (rül)

AKTUELL IN BONN**22.258 Verdienstorden**

In Deutschland wurden in den Jahren 1990 bis 1994 insgesamt 22.258 Verdienstorden verliehen. Das hat die Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Grünen mitgeteilt (Bundestagsdrucksache 13/2999). Im Vorfeld der Ordensverleihung sei eine „Prüfung der Ordenswürdigkeit“ nötig, der die Personen, denen Orden verliehen werden sollten, unterzogen würden. Die Grünen hatten in ihrer Anfrage auch gefragt, ob es zutrefte, daß dem ostdeutschen Bürgerrechtler Reinhard S. kein Orden verliehen worden sei, weil sich eine Behörde des Bundes bei der „Überprüfung“ des Bürgerrechtlers gemeldet hatte mit dem Hinweis, „daß er mit einer ehemaligen Beisitzerin im Bundesvorstand der PDS befreundet sei, welcher mangelnde Distanzierung von gewalttätigen Protesten vorgeworfen wird.“ Zu diesem Vorgang mochte sich die Regierung wegen des „gebotenen Schutzes des Persönlichkeitsrechts des Betroffenen“ nicht äußern.

Kronzeugenregelung verlängert -wg. PKK

Gegen den Willen auch der Bundesjustizministerin haben die Regierungsparteien in der letzten Woche die Ende 1995 auslaufende „Kronzeugenregelung“ erneut verlängert, dieses Mal bis 1999. Die Regierungsparteien wollten die Verlängerung, weil man damit angeblich 14 Morde haben aufklären können und weil die Bundesbehörden „wertvolle Auskünfte“ über die Struktur der kurdischen Arbeiterpartei PKK gewonnen hätten und womöglich auch weiterhin gewinnen könnten. Die Bündnisgrünen hatten den Entwurf im Rechtsausschuß scharf kritisiert: Mit der zur Debatte stehenden Vorschrift werde das Legitimitätsprinzip durchbrochen, so etwas gehöre nicht in einen Rechtsstaat. Auch die SPD und die PDS hatten die beantragte Verlängerung abgelehnt.

Biotechnologie auf Staatskosten

Die Bundesregierung schätzt die Zahl der in der sogenannten „Wachstumsbranche“ Biotechnologie beschäftigten Personen auf derzeit 35.000 bis 40.000. Damit habe sich die Zahl der Beschäftigten seit Mitte der 80er Jahre verdoppelt, heißt es in einer Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Bündnisgrünen. Ein Wachstum, finanziert durch Staatsknete: Rund die Hälfte der Beschäftigten würden in öffentlichen Forschungseinrichtungen ausschließlich aus öffentlichen Mitteln bezahlt, 50% davon trage der Bund. Lediglich 36 der 1.977 bundesweit erfaßten Anlagen sind gewerbliche Anlagen. Die staatlichen Fördermittel für Biotechnologie stiegen von 1974 38,4 Mill. DM auf 298,9 Millionen DM 1992. Es sei davon auszugehen, daß deutsche Firmen durch den Aufbau von Forschungs- und Produktionsstätten in den letzten Jahren „mehrere tausend Arbeitsplätze“ ins Ausland geschafft hätten, so die Regierung (Drucksache 13/3003).

Billiglöhne „sittenwidrig“

Unerwartete Schützenhilfe hat die Baugewerkschaft und der DGB im

Streit um das Entsendegesetz und gegen die Niedrigstlöhne für ausländische Bauarbeiter auf Baustellen in der BRD erhalten. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hält zwar weiter daran fest, der für das Wirksamwerden des „Entsendegesetzes“ nötige Allgemeinverbindlichkeitserklärung für die Bautarife im Tarifausschuß des Arbeitsministeriums werde sie nicht zustimmen. Und die Baukapitalisten wollen mit der Gewerkschaft einen neuen - niedrigeren - Mindesttarif vereinbaren, angeblich, um so dem Arbeitgeberverband doch noch die Zustimmung zur Allgemeinverbindlichkeit der Bautarife abzurufen. Aber diesem mit unterschiedlichen Taktiken vorgetragenen Druck auf die Löhne am Bau hat jetzt ein Gericht einen Dämpfer erteilt. Das Arbeitsgericht in Wesel hat die Niedrigstlöhne für ausländische Beschäftigte am Bau als „sittenwidrig und nichtig“ abgelehnt (Az. Ca 361/94). Die Bundesrechtsstelle des DGB bezeichnet das Urteil als „aufsehenerregend“ und fordert eine Nachbesserung am „Entsendegesetz“.

Deutsch-Französische Rüstungskooperation

Als „besonders ertragreich“ hat Kanzler Kohl sein Treffen mit dem französischen Staatspräsidenten Chirac am 7. Dezember eingestuft. Der Ertrag geht direkt an die Firma Daimler-Benz. Die Regierungschefs vereinbarten nämlich ein Grundsatzabkommen über eine satellitengestützte Aufklärung, sprich: Militärsplionage, die in den nächsten Jahren Milliarden an Steuermitteln verschlingen wird. Verdienen werden die mit dem Geschäft beauftragten Firmen: Daimler-Benz Aerospace und die französische Firma Aerospatiale. Der gemeinsame Firmensitz der Satelliten-Splionage-Firma wird in der BRD liegen.

Verrechnung von Kurzeiten mit Urlaub

„Keine konkreten Ergebnisse“ habe die Kanzlerrunde von Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften am 7. Dezember gehabt, hieß es im Fernsehen. Nicht ganz. Das „Handelsblatt“ meldet, in der Runde sei vereinbart worden, daß künftig Kurzeiten zumindest teilweise mit dem tariflichen Urlaubsanspruch verrechnet werden sollen. Die „Verrechnung“, die noch in Gesetzesform gebracht werden muß, würde den tariflichen Urlaubsanspruch insbesondere von alten und deshalb häufiger kranken Beschäftigten erheblich reduzieren.

Was kommt demnächst?

Am 13. Dezember entscheidet das „Europäische Parlament“ über die Zollunion EU-Türkei. Am 14/15.12. beraten die Innenminister von Bund und Ländern, u.a. über die Bilanz des „PKK-Verbots“ von 1993. Am 14.12. wird das Ergebnis der FDP-Mitgliederumfrage zum „Lauschangriff“ bekanntgegeben. Am 15.12. berät der Bundesrat. Am 15/16.12. ist EU-Gipfel in Madrid. Am 4.1.96 findet das „Dreikönigstreffen“ der FDP statt, vom 8. bis 11.1. tagt die CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth, am 26./27.1. sind „Strategiegespräche“ von CSU/CDU in Wildbad-Kreuth.



Frieden durch Aufteilung?

Das Abkommen von Dayton stiftet nicht Frieden, sondern Fronten

Der Friedensschluß von Dayton hat die Kräfteverhältnisse auf dem Kriegsschauplatz sofort und nachhaltig beeinflusst. Nach Mitteilungen der UNO brennen vom bosnischen bzw. kroatischen Staat geführte Freischärler oder Truppen systematisch jene Ortschaften und Städte nieder, die sie einer serbischen Administration überlassen mußten.

Die Zerstörung von Lebensgrundlagen ohne Bezug auf Kampfhandlungen ist ein schweres Kriegsverbrechen, das im Bewußtsein der Betroffenen lange nachhallt. Prompt flüchtet die serbische Bevölkerung aus Gebieten, die Herrschaftsgebiet des dafür verantwortlichen bosnischen Staates werden sollen, und vielleicht ist dies auch das Ziel solcher Taten. Dayton stiftet nicht Frieden, sondern Fronten.

Das von seinen eigenen Problemen gequälte ehemalige Jugoslawien wird dabei immer deutlicher zum Schau- und Kampfplatz internationaler Konflikte. Wesentliches Moment der neuen Lage ist die nun auch formelle Aufhebung des Waffenembargos. Clinton hat offen erklärt, es sei die Absicht der USA, den bosnischen Staat binnen eines Jahres so zu rüsten, daß „das Gleichgewicht in der Region hergestellt“ sei. Der bosnische Staat ist klein gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien und auch gegenüber dem verbündeten Kroatien. Eine Rüstung, die ihn ins militärische Gleichgewicht brächte, machte aus den Bosniern ein von den USA unterhaltenes, abhängiges Kriegs- und Hilfsvolk.

Die oben abgebildete Karte, die das Einscannen aus der „Süddeutschen Zeitung“ in hoffentlich ausreichender Qualität überstanden hat, zeigt das ganze Dilemma. Weit entfernt von der Qualität unabhängiger Schlichter treffen sich auf dem jugoslawischen Schauplatz diejenigen Mächte, die dort Einfluß haben und ausbauen wollen.

Die in den Nato-Staaten überall breite öffentliche Meinung für die Intervention muß nicht durch Friedensliebe angetrieben werden, hier gibt es was zu teilen, und da ist Dabeisein alles.

In der BRD ist das Lager der Interventionsgegner geschrumpft. Dennoch bleibt die Tatsache, daß die PDS-Gruppe dem Druck standgehalten hat, daß bei den Bündnisgrünen den im Parlament versammelten Staatsnahen die Machtübernahme in der Gesamtpartei nicht gelang und daß die SPD Bundestagsfraktion eine starke Gruppe vor über fünfzig Andersdenkenden dulden muß.

Diese politische Konstellation würde den Führungskräften in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der BRD, die gegenwärtig mit größter Mehrheit die Intervention befürworten und die breite Bevölkerung mitziehen, das Risiko für ein Mißlingen auf. Für die gequälten Völker Jugoslawiens liegt gerade darin eine Chance. Sobald und soweit sie die Hoffnung auf Hilfe starker auswärtiger Mächte aufgeben und sich aus dem Einfluß der fremden Herren lösen wollen, haben sie auch eine Chance, die fremden Heere loszuwerden.

Falls, wie hier vertreten wird, sich auch tatsächlich herausstellt, daß der BRD Staat nicht um Frieden kämpft, sondern um Einfluß und Anteile, kann die Akzeptanz des Einsatzes in der BRD aufgeklärt werden, und die gegenwärtigen Mehrheiten werden nicht Bestand haben. Das Lager der Interventionsgegner ist trotz des enormen Drucks bis jetzt immer noch groß genug, um das Bedürfnis nach einer demokratischeren Alternative zur imperialistischen Außenpolitik in der breiten Öffentlichkeit zu artikulieren. Es hat schon Gründe, daß die feine Gesellschaft der großen Medienchefs die Argumente der Interventionsgegner bereits jetzt fast ganz unterschlagen mußte. Wir dokumentieren sie in dieser Zeitung. (maf)

107 von 656 Abgeordneten stimmten am 6.12. gegen den Balkaneinsatz der Bundeswehr

Dokumentiert: Die Argumente der Einsatzgegner (PDS, 22 Grüne, 55 SPD, 1 CDU)

Grüne / Bündnis 90

Wir begrüßen, daß es zwischen den Konfliktparteien Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien in Dayton unter amerikanischer Moderation zum Friedensschluß gekommen ist. Auch wenn das getroffene Abkommen zahlreiche Probleme aufweist, ist es ein entscheidender Fortschritt für die Menschen im ehemaligen Jugoslawien, denn es eröffnet die Chance zur Beendigung des unendlichen Leids. Auch ein schlechter Frieden ist besser als Krieg. Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Mitverantwortung dafür, den Abschluß des Friedensabkommens in einen selbsttragenden Friedensprozeß zu überführen. Im Zusammenspiel mit internationalen Organisationen wie UNO und OSZE sollte sich vor allem dafür engagieren, daß die humanitäre Hilfe für die Bevölkerung, insbesondere für die Flüchtlinge verstärkt wird, umfassende Hilfe beim wirtschaftlichen Wiederaufbau und der Sicherung der Menschenrechte geleistet und die Entwicklung demokratischer Verhältnisse, insbesondere der Aufbau unabhängiger Massenmedien und demokratischer Parteien gefördert wird.

Wir nehmen mit großer Sorge zur Kenntnis, daß mit dem Vertrag von Dayton auch das Waffenembargo für die Region aufgehoben worden ist und dadurch zwei Elemente des Friedensvertrages in deutlichem Widerspruch zueinander stehen. So besteht die große Gefahr, daß die Region jetzt noch stärker militarisiert wird. Dadurch wächst die Wahrscheinlichkeit weiter an, daß die IFOR-Truppen in größere Kampfhandlungen verwickelt werden und daß sich nach dem binnen Jahresfrist vorgesehenen Abzug der IFOR-Truppen die alten Konfliktparteien erneut hochgerüstet gegenüberstehen und so einem möglichen Wiederaufflammen der militärischen Auseinandersetzung Vor-schub geleistet wird.

Wir bedauern, daß ein deutscher Beitrag zur Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton nicht durch die Verpflichtungen gegenüber der UNO selbst, sondern im Rahmen des Militärbündnisses NATO vorgenommen wird. Daß die Konfliktparteien im Friedensabkommen die NATO als Garantiemacht einsetzen, bindet die NATO-Mitgliedsländer an eine ganz bestimmte militärische Strategie. Die friedenspolitische Rolle der Vereinten Nationen wird so geschwächt. Dies wollen wir nicht unterstützen, um keinen Präzedenzfall zuzulassen.

Ferner wird der Gestaltungsspielraum für das Parlament dadurch eingeschränkt, daß eine freie Gestaltung des jeweiligen Beitrags, wie sie bei Einsätzen unter Leitung der Vereinten Nationen möglich und üblich ist, durch die NATO-Entscheidungen faktisch aufgehoben wird.

Trotz all dieser Probleme begrüßen und unterstützen wir den Friedensschluß.

Es gilt aber ausdrücklich festzuhalten, daß der Deutsche Bundestag heute nicht über das Friedensabkommen von Dayton abstimmt. Es geht heute um einen Beschluß dieser Bundesregierung und um die Gestaltung des deutschen Beitrages zur Umsetzung des Friedensschlusses. Wir haben sehr deutliche Kri-

tik an ihren Vorschlägen und der damit verbundenen Militärpolitik. Das beginnt damit, daß die Regierung auf dem Einsatz von Kampfflugzeugen besteht, deren Einsatz für friedenserhaltende Maßnahmen überhaupt keinen Sinn macht. Es setzt sich mit dem Kampfauftrag für die Soldaten fort. Der Generalinspekteur der Bundeswehr hat dies mit dankenswerter Offenheit gesagt. Er hat gesagt, die NATO-Vereinbarungen für die Bundeswehr beinhalten „das, was wir einen Kampfauftrag nennen.“

Ferner legt die Bundesregierung einen sogenannten „Vorratsbeschluß“ vor. Sie will sich bei veränderter Lage vorbehalten, weitere Fallschirmjäger und Gebirgsjäger zu entsenden, bis hin zum ergänzenden Einsatz von Leopard-Panzern. Sie verwirft im hier vorgelegten Konzept mutwillig die Unterschiede zwischen friedensbewahrenden Einsätzen nach Kapitel VI und Kampfeinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta. Dabei können und wollen wir ihr nicht folgen.

Aus der Rede Gregor Gysis zum Nein der PDS

„(...) Sie wissen auch: Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien wäre vermeidbar gewesen. Sie wissen auch, daß die Westmächte sehr unterschiedliche Interessen hatten, daß sie zum Teil durchaus Verantwortung für die militärischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien auf sich geladen haben. Deutschland hat seinen Anteil mit der frühen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens und mit der sehr einseitigen Beziehung zu Kroatien. Frankreich hat seinen Anteil, andere Länder auch. Nun passiert folgendes: Es wird in gewis-

ser Hinsicht ein Konflikt zugelassen; er wird auch genutzt. Es wird auch eine Interessenpolitik gemacht. Am Schluß, wenn es scheinbar nur noch eine militärische Lösung gibt, dann soll man auf diese Schiene gesetzt werden, die die anderen mit verursacht haben. ...

Ich bin nicht bereit, mich auf diese Logik der Bundesregierung einzulassen ..., nachdem sie selber einen beachtlichen Anteil an Verantwortung und Schuld trägt - wie übrigens andere Westmächte auch. Wer schon politisch nicht in der Lage war, zur Konfliktbewältigung beizutragen, bei dem glaube ich auch nicht, daß er militärisch dazu in der Lage sein wird. (...)“

Wir begrüßen trotz der genannten Vorbehalte jede deutsche Unterstützung für die medizinische und humanitäre Versorgung der Bevölkerung und für den Aufbau der Infrastruktur als Beitrag zur Entwicklung eines alltäglichen, zivilen Lebens, das für die Menschen in Bosnien so wichtig ist.

Wir lehnen es aber ab, deswegen den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung von Kampfeinsätzen zuzustimmen.

Die Bundesregierung hat sich in den vergangenen Jahren in keiner Weise bemüht, Vorsorge für mögliche zivilgesellschaftliche peace-keeping Maßnahmen zu treffen, obwohl dies seit langem international diskutiert und gefordert wird. Sie hat insbesondere keine Ausbildungskapazitäten für Konfliktmoderation geschaffen.

Der Inhalt der Beschlusvorlage zeigt deutlich, daß es der Bundesregierung überhaupt nicht um eine breite gemeinsame Zustimmung im Deutschen Bundestag zu friedensbewahrenden und humanitären Hilfsmaßnahmen in Bosnien geht. Die Bundesregierung will die Situation politisch ausnutzen, um von der Opposition auch noch Zustimmung zu ihrer militärischen Konzeption der Vermischung von peace-keeping und Kampfeinsätzen zu erhalten. Dies lehnen wir ab.

(gez. von 22 MdBs Bündnis 90/Grüne)

Die Erklärung der SPD-Gegner

Wir haben uns entschlossen, dem Antrag der Bundesregierung im Gegensatz zu einem Mehrheitsbeschluß der SPD-Fraktion nicht zuzustimmen. Dabei muß klar sein: Es besteht kein Zweifel daran, daß mit der in Dayton paraphierten Friedensregelung ein wichtiger und erfreulicher Schritt in Richtung eines dauerhaften Friedens in ehemaligen Jugoslawien getan worden ist, auch wenn das Abkommen selbst eine Reihe von Problemen birgt. Ebenso unzweifelhaft ist es, daß die Völkergemeinschaft dazu aufgerufen ist, diese Friedensregelung nach Kräften zu unterstützen und durch ihre Präsenz vor Ort abzusichern. Dazu kann und soll auch die Bundesrepublik Deutschland einen angemessenen Beitrag leisten. In Frage steht aber sehr wohl die Wahl der adäquaten Mittel.

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag eingebracht, der die deutsche Betei-

Bundesverfassungsgerichtes, das einen Auslandseinsatz der Bundeswehr zu anderen Zwecken als der Landes- oder Bündnisverteidigung nur dann vorsieht, wenn bereits eine Legitimationsgrundlage der Vereinten Nationen existiert. Sie sind die einzige Institution, die einer derartigen Mission ausreichende Legitimität verleihen kann. Noch ist offen, inwieweit die politische Kontrolle der gesamten Operation bei der Weltorganisation verbleibt. Deutlich ist schon jetzt, daß ihre Bedeutung gegenüber der NATO in den Hintergrund gerückt ist. Multinationale Friedenstruppen unter der Führung der NATO sind jedoch kein Modell für die Zukunft.

Hinzu kommt, daß der Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet ist. Nach wie vor ist große Skepsis im Hinblick darauf angebracht, ob sie alle an dem Konflikt beteiligten Parteien an die getroffenen Vereinbarungen halten werden. Darüber hinaus hat auch der NATO-Rat noch nicht endgültig über die Truppenentsendung entschieden. Die „rules of engagement“ der IFOR sind noch nicht bekannt, der militärische Charakter der Truppe ist damit noch unklar. Eine Entscheidung in Unkenntnis all dieser elementaren Voraussetzungen treffen zu müssen heißt letztendlich, daß der Parlamentsvorbehalt in inakzeptabler Art und Weise zur Formsache degradiert wird.

Ansichts dieser ungenügenden Voraussetzungen wiegen die politischen Defizite des Regierungsantrages umso schwerer. Der Antragist auf militärische Aspekte des deutschen Engagements verengt, während die Regierung vermeidet, konkrete Zusagen im Hinblick auf die Bereitstellung materieller Voraussetzungen für den Frieden zu geben. Er stellt nicht sicher, daß ein Übergang von einer friedenserhaltenden zu einer friedenserzwingenden Rolle der Bundeswehr ausgeschlossen bleibt. Sind deutsche Soldaten erst einmal entsandt, ist für eine beliebige Verwendung der Truppen nur das Benehmen mit den NATO-Stäben, nicht aber mit dem Parlament erforderlich. Durch den Vorbehalt der lageabhängigen Entsendung weiterer Kräfte wird überdies bewußt vermieden, eine personelle und materielle Obergrenze für die deutsche Beteiligung anzugeben. Qualität und Umfang der deutschen Truppenpräsenz werden so teilweise im Dunkeln gelassen. Eine Grauzone darf es in solchen Fragen nicht geben, insbesondere da es sich um einen Einsatz handelt, der durchaus große Gefahren birgt. Das Risiko des Verlustes von Menschenleben wird noch gesteigert durch die kontraproduktive Aufhebung des Waffenembargos, die den Konflikt erneut anzukurbeln droht. Gerade die Gefährlichkeit des Einsatzes wirft auch die Frage nach dem Einsatz Wehrpflichtiger auf. Die mündliche Zusage der Bundesregierung, keine kurzdienenden Wehrpflichtigen innerhalb des deutschen Kontingents einzusetzen, findet in ihrem Antrag keine schriftliche Bestätigung. Unter den genannten Umständen halten wir eine Zustimmung zum Antrag der Regierung nicht für verantwortlich. Mit unserem ablehnenden Votum befinden wir uns in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Mannheimer Parteitages der SPD. (Es folgen die Unterschriften von 55 SPD-Abgeordneten)

gung an einer militärischen Absicherung des Friedensabkommens für Bosnien-Herzegowina in einen Gesamtkatalog von Maßnahmen zur Stabilisierung der Region einbettet und dabei der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle zuweist. Dieser Antrag ist für uns inhaltlich tragbar, da er einen klaren Schwerpunkt auf die zivile Friedenssicherung und Konfliktnachsorge legt und den Prozeß des Peacebuilding in der Region nicht unzulässig auf militärische Aspekte verkürzt. Der Übergang von einer friedenserhaltenden hin zu einer friedenserzwingenden Rolle deutscher Truppen wird darin ausgeschlossen. Dies manifestiert sich nachgerade in der Ablehnung des Einsatzes von ECR-Tornados, der dem defensiven Charakter einer multinationalen Friedenstruppe nicht entspricht.

Unsere entschiedene Ablehnung gegenüber dem Antrag der Bundesregierung speist sich aus inhaltlichen und grundsätzlichen Bedenken: Ohne Zweifel handelt es sich bei einer Abstimmung über die deutsche Teilnahme an der Implementation Force (IFOR) zum jetzigen Zeitpunkt um einen Vorratsbeschluß. Über das deutsche Engagement wird entschieden, ohne daß dafür notwendige Voraussetzungen gegeben wären. Noch wurde kein Mandat durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erteilt. Ein vorausgehender Beschluß widerspricht dem Urteil des

Wieder einmal steht die CIA nach Auffassung einiger amerikanischer Kommentatoren in einer ihrer vielen „tiefsten Krisen“. Häufig wird die jetzige Situation auf die Enttarnung des Mitarbeiters der Abteilung Gegenspionage des CIA, Aldrich Ames, als Agent des KGB zurückgeführt.

Aber die Ursachen liegen wohl tiefer. Wie alle Nachrichtendienste sucht die CIA nach dem Wegfall der traditionellen Feindbilder der Blockkonfrontation nach einem neuen Profil. Nun haben zwar die USA noch einige „Feinde“ mehr zu bieten als nur die ehemaligen Ostblockstaaten - es sei nur an Iran, Nordkorea oder Libyen erinnert. Aber ganz reichen die nach Ansicht der CIA-Bosse und der Clinton-Administration von diesen Ländern ausgehenden „Gefährdungspotentiale“ für die „nationale Sicherheit“ der USA wohl doch nicht, um Kongreßabgeordnete und Senatoren zu überzeugen, daß der unter dem Begriff „Intelligence Community“ zusammengefaßte Geheimdienst-Apparat mit seinem Budget von 37,5 Milliarden Dollar (1994) und einer Zahl von bis zu 300.000 Mitarbeitern weiterhin in diesem Umfang finanziert werden muß.

Nun wird versucht, mit Aufgaben wie der verstärkten Bekämpfung des Terrorismus, des Drogenhandels, der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln und der organisierten Kriminalität das Profil der Geheimdienstarbeit neu zu bestimmen. Ungeachtet dessen setzen die USA-Geheimdienste weiterhin ihre Prioritäten auf Militärsplionage, insbesondere zur Vorbereitung auf komplexe nachrichtendienstliche Echtzeit-Informationen von allen potentiellen Kriegsschauplätzen. Wachsende Priorität gewinnt die Wirtschaftsspionage, nicht zuletzt gegen Freunde und Verbündete. Dabei taucht die berechtigte Frage auf, wessen Interessen der Geheimdienst dabei mehr dient - der nationalen Sicherheit der USA oder dem Profitstreben der Unternehmen?

Guatemala und andere aktuelle Bei-

spiele zeigen außerdem, daß von dem traditionellen Verständnis der CIA - entgegen allen Menschenrechten und jeder Moral reaktionäre Cliquen in der Welt zu unterstützen - noch immer viel vorhanden ist.

In Guatemala stand Oberst Julio Roberto Alpirez, verantwortlich für Morde an einem US-Bürger und einem Guerillero, der in einem Gefängnis einsaß, bis 1992 auf der Gehaltsliste der CIA. Alpirez wurde, wie viele andere, an der amerikanischen Kaderschmiede für Diktatoren und Folterer, School of Ame-

hält, eine folgenschwere Entscheidung, die bisher nur bei William Casey getroffen wurde. Dieser Kabinettsrang für den CIA-Direktor ist eine von vielen Politikern zu Recht abgelehnte Vermischung zwischen Geheimdienst-Chef und Trägern politischer Entscheidungen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß der CIA-Direktor in Personalunion zugleich Direktor der Zentralen Aufklärung (Director of Central Intelligence - DCI) ist nominell also verantwortlich für alle Elemente des weitverzweigten Geheimdienste-Systems der USA.

CIA in oder aus der Krise?

Probleme der Profilierung eines Geheimdienstes. Von Klaus Eichner

ricans in Ft. Benning, Georgia, ausgebildet. 1990 hatte Präsident Bush als Protest gegen die Ermordung des US-Bürgers die offene Militärhilfe für Guatemala in Höhe von 3,7 Millionen Dollar gestoppt; gleichzeitig schleuste die CIA über ihre illegalen Kanäle 5 bis 7 Millionen Dollar zur Unterstützung der guatemalteckischen Militärs in das Land.

Probleme hat Präsident Bush auch mit der Besetzung der Leitungspositionen der CIA. Nachdem in Folge der Enttarnung von Aldrich Ames der blasse CIA-Direktor James Woolsey Ende 1994 den Hut nehmen mußte, brauchte Clinton sechs Wochen, um einen neuen Kandidaten zu nominieren - den Vize-Stabschef der Luftwaffe, General Michael C. Carnes, der aber nach wenigen Tagen ablehnte, nicht zuletzt wegen eines Steuerskandals über die Beschäftigung einer Haushaltshilfe. Nun ist der frühere stellvertretende Verteidigungsminister John M. Deutch an der Spitze der CIA. Deutch übernahm diesen Posten nur unter der Bedingung, daß er den Status als Mitglied des Kabinetts er-

Im Mai 1995 setzte die Clinton-Administration ein Komitee aus hochrangigen Vertretern der Hauptadressen geheimdienstlicher Informationen - Weißes Haus, Außen- und Verteidigungsministerium - ein, um die Ziele und Prioritäten der Auslandsspionage zu bewerten und neu zu bestimmen. Damit soll einem Automatismus entgegen gewirkt werden, daß die Geheimdienste ihre Ziele und Aufgaben selbst definieren.

Neue Kompetenzen für die CIA

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit wurden neue gesetzliche und verwaltungsrechtliche Grundlagen geschaffen, die die Befugnisse der Intelligence Community wiederum wesentlich erweitern. Dazu zählen mehrere Gesetzesentwürfe über die Verstärkung des Kampfes gegen den Terrorismus. Eine geheime Verwaltungsanordnung des Präsidenten vom 23. Juni 1995 überträgt dem Generalbundesanwalt das Recht, zur Beschaffung von Spionageinforma-

tionen umfassende aktive Aufklärungs- und Überwachungsmaßnahmen für die Dauer eines Jahres ohne richterliche Überprüfung anzuordnen. USA-Bürger mit Auslandskontakten, Diplomaten, Wirtschaftsvertreter und andere Repräsentanten ausländischer Staaten in den USA werden deren Auswirkungen wohl jetzt schon zu spüren bekommen.

In der Vergangenheit waren alle Entscheidungen unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus Grundlagen für die Effektivierung und Perfektionierung der gesamten Tätigkeit der Geheimdienste. Auch jetzt wird mit den Regelungen der Terrorismusbekämpfung ein jahrelanges Ziel aller früheren Direktoren der CIA verwirklicht. Der Operationschef der CIA erhält das Recht, die nunmehr zusammengefaßten Ressourcen der Geheimdienste der Teilstreitkräfte auf dem Gebiet des Einsatzes menschlicher Quellen - vom Militärattaché bis zum Agenten - direkt zu kontrollieren. Das schafft der CIA eine ungeheure Ausdehnung ihrer Befugnisse und bringt sie erstmalig in die reale Rolle eines zentralen Auslands-Geheimdienstes der USA. Der massive Widerstand der Führung der militärischen Nachrichtendienste hängt nicht mit politischen Bedenken gegen eine solche Machtkonzentration zusammen, sondern mit dem Verlust von Einfluß und Zugang zu politischen Entscheidungen. Trotz und entgegen den Forderungen des Parlaments zur deutlichen Reduzierung des Budgets und des Personals der CIA ist es wieder einmal gelungen, diesen Forderungen auszuweichen. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Terrorismus und der Aufklärung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen wurden neue Strukturen geschaffen, in die bisher gegen den Ostblock eingesetzte Agentenführer versetzt werden.

Klaus Eichner ist Mitglied des „Insiderkomitees zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS“

Polizeihilfe umfaßt die Ausrüstungs-, Ausbildungs- und Beratungshilfe der Polizei fremder Länder. Die Gewährung der polizeilichen Entwicklungshilfe richtet sich weder nach demokratischen Verhältnissen oder einem Demokratisierungsprozeß noch nach Garantien für die Menschenrechte. Zwar enthalten die sogenannten Ressortabkommen mit dem Bundesinnenministerium als Vertragspartner eine Klausel zur Achtung der Menschenrechte, doch die Realität läßt die Klausel zu reiner Augenwischerei verkommen. Politische und wirtschaftliche Interessen sind in erster Linie die Beweggründe, den Sicherheitsapparat eines fernen oder nicht so fernen Landes zu unterstützen.

Trotz öffentlicher Hinrichtungen in Somalia flossen in Folge des Einsatzes der GSG 9 zur Befreiung des entführten Lufthansaflugzeuges in Mogadischu reichlich Gelder aus der Bundesrepublik nach Somalia. Während das vom BKA eingerichtete Kriminallabor im Polizeihauptquartier von Mogadischu einen verwahrlosten Eindruck machte, wurden die Techniken zur Personenregistrierung und für den Erkennungsdienst zur Erfassung Oppositioneller genutzt, schrieb Dieter Schenk, ehemaliger Kriminaldirektor der Stabsstelle von Interpol im BKA und heutiger Publizist, in einem Buchbeitrag. 1993 waren 30 Bundesgrenzschutzbeamte für den Wiederaufbau der somalischen Polizei im Rahmen der Friedensmission der Vereinten Nationen in Somalia (UNOSOM) vorgesehen. Bis heute werden dort Prügelstrafen, Amputationsstrafen und Hinrichtungen durch Steinigungen verhängt. Trotzdem fließt die



Deutsche Polizeihilfe

Von Jürgen Korell

bundesdeutsche Ausstattungshilfe weiter nach Somalia.

Allein bis 1991 kamen 52 Folterregime in den Genuß deutscher Polizeihilfe. Mehr als eine halbe Milliarde Mark wurden innerhalb von 10 Jahren für die Polizei in Ländern der sogenannten Dritten Welt gezahlt. Blauäugig begründen Befürworter der Polizeihilfe, sie sei ein Beitrag zur Demokratisierung und Förderung der Rechtsstaatlichkeit dieser Länder. Tatsächlich werden dadurch Diktaturen unterstützt, denn die Mittel zur Straftatenbekämpfung sind oftmals ebenso geeignet, Andersdenkende zu überwachen. (...)

In den letzten zehn Jahren wurden an 31 Staaten 119.851.263 DM für Ausstat-

tungs- und Ausbildungshilfen sowie für 52 Staaten 30.588.818 DM Beratungshilfe aufgewandt. Die meisten Länder sind wie Deutschland selbst wegen Menschenrechtsverletzungen im Jahresbericht 1995 von amnesty international aufgeführt. Von 1995 bis 1998 sind 166,3 Millionen Mark für die seit 33 Jahren bestehende Ausstattungshilfe fremder Polizeien vorgesehen. (...)

Die Ausbildungshilfen werden von den Länderpolizeien ebenso durchgeführt wie vom Bundeskriminalamt und dem Bundesgrenzschutz. Sie soll sich auf die Tatort- und Spurensicherung, die Rauschgiftbekämpfung und allgemeine Polizeiarbeit beschränken. Es ist aber kaum zu verhindern und für eine gute

Zusammenarbeit auf dem „kleinen Dienstweg“ auch förderlich, daß Informationen zwischen den PolizeibeamtInnen auf dem inoffiziellen Weg ausgetauscht werden. Gleichzeitig umfaßt die Beratungshilfe Informationsbesuche beim Bundeskriminalamt. Im Rahmen der Ausbildungshilfe werden für die Dauer bis zu drei Monaten zur Schulung an dem gelieferten Material Kurzeitexperten entsandt. Langzeitberater sollen in zwei oder drei Jahren Entscheidungsträger in dem jeweiligen Land unterstützen. (...)

Aufgrund eines Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut haben sich die Bundesregierung und die Türkei verpflichtet, über eine sogenannte Tabuliste zur Bekämpfung des Terrorismus gegenseitig Informationen über Gruppen und Personen auszutauschen. Erkenntnisse erreichen auf diesem Weg auch den türkischen Geheimdienst MIT. Daneben erhielt die Türkei Polizeihilfen von der deutschen Polizei und polizeilichen Sondereinheiten wie der GSG 9. Von 1992 bis 1994 waren von der Bundesregierung etwa 5 Millionen DM für die türkische Polizei vorgesehen. (...) Selbst einzelne Bundesländer unterhalten Kooperationsprogramme mit den türkischen Sicherheitskräften. Türkische Polizisten wurden danach in Bayern ausgebildet, und die Berliner Polizei unterhielt ein Austauschprogramm mit der türkischen Polizei. In türkischen Polizeistationen wird systematisch gefoltert ...

Jürgen Korell ist Sprecher der „Kritischen Polizisten“. Sein Beitrag, hier aus Platzgründen stark gekürzt, erscheint vollständig in der neuen „Unbequem“.



„Verbrannte Erde in der Krajina“, überschrieb das Hamburger Abendblatt am 9.12. einen Artikel: „Ein Land ohne Menschen, Geisterstädte, geplünderte und gebrand-schatzte Dörfer, Minenfelder, Schutt und Asche. Die ehemalige serbische Republik Krajina ist nur noch ein Alptraum.“ Während allmählich das Ausmaß des Schreckens deutlich wird, den der kroatische Staat verbreitet, um die Rückkehr der serbischen Flüchtlinge zu verhindern, erreichen Berichte über die von kroatischen und bosnischen Regierungstruppen in Zentralbosnien praktizierte Politik der verbrannten Erde nur selten die Öffentlichkeit. Nach Erklärung des UN-Sprechers Fauzi ist die Stadt Mrkojić Grad dem Erdboden gleichgemacht, ebenso die Nachbarstadt Sipovo. Die Verwüstungen der Gebiete, für die serbische Verwaltung vereinbart wurde, begann nach Unterzeichnung des Friedensabkommens.

Friedensvereinbarungen von Dayton

Stellungnahme der Frauen in Schwarz

Aufgrund des Druckes der US-Administration haben die Präsidenten Milošević, Tudjman und Izetbegović, verantwortlich für Krieg und enormes Leiden in Jugoslawien, die Friedensvereinbarungen ... unterzeichnet. Das Einstellen des Mordens, der Vertreibung, ethnischer Säuberungen, Vergewaltigung, und massenhafter Mißhandlung von ZivilistInnen sollte uns alle froh machen, ohne Rücksicht darauf, wer es unterzeichnet hat und unter welchem Druck sie unterzeichnet haben. – Die Friedensgruppe Frauen in Schwarz aus Belgrad möchte nicht von der Flut der Euphorien gefangengenommen werden, die von den Zentren der Macht ausgeht, noch das vergessen, was in den letzten Jahren passiert ist. Daher wiederholen wir, daß wir diesen Frieden nur als eine Warnung akzeptieren.

Wir warnen und erinnern die BürgerInnen von Serbien daran, daß der Krieg bereits seit vier Jahren andauert, und die Atmosphäre, die dazu führte noch viel länger. Wir rufen die endlosen Sitzungen und Diskussionen in der offiziellen Serbischen Kommunistischen Partei ins Gedächtnis zurück, die von „spontanen“ Versammlungen von Menschen gefolgt wurden, die alle diejenigen, die gegen die neue Politik von Milošević waren, stürzten. Wir erinnern uns an all die Lügen, Beschimpfungen, Haß und Manipulationen, die vom staatlichen Fernsehen und in Zeitungen befördert wurden. Demonstrationen, die Rache, Krieg und Mord forderten. Die Blockade der Danube. Andere Dinge, die wir nicht vergessen können: Panzer in den Straßen Belgrads am 9. März und insbesondere die Panzer, die nach Vukovar führen, während die Menschen in Neu-Belgrad ihnen zuwinkten. Milošević Erklärung, daß, wenn wir nicht wissen, wie man arbeitet, wir dennoch wissen, wie man kämpft; und all die Erklärungen für ein Groß-Serbien, selbst um den Preis, nur Wurzeln zu essen, um dieses zu erreichen. Nächtliche Mobilisierungen, Paraden paramilitärischen Terrors, die Angst der Jugend, die aus dem Land floh – und über all diesem grausamer Tod und Verstümmelung von Tausenden von Menschen, erzwungene Vertreibung Millionen anderer, zer-

störte Städte und Dörfer; all das gibt uns nicht das Recht, zu vergessen und Amnestien auszurufen, da wir an individuelle Schuld und Verantwortung glauben. – Die Verantwortung für den Krieg liegt sicherlich, zu einem großen Teil, bei anderen Kriegsparteien; der Politik der Europäischen Union; den Vereinigten Staaten von Amerika; der Nato. Wenn wir die Schuld in Serbien herausstellen wollen wir die BürgerInnen Serbiens warnen, daß die Politik ihres Landes, die zu dem Krieg führte und ihn ermöglichte, nicht Frieden, Erneuerung und Zukunft garantiert. Wir werden von der Wirklichkeit eines Friedens in dieser Region nur dann überzeugt sein, wenn allen Flüchtlingen erlaubt ist, nach Hause zurückzukehren, und wenn, in allen neu entstehenden Staaten, das Recht anders und verschieden zu sein – und das Recht, Anderssein und Verschiedenheit auszudrücken – anerkannt ist. Wir glauben, daß der größte Reichtum des Balkans diese Verschiedenheiten, und zugleich die Ähnlichkeiten, der Menschen ist. Der Prozeß des Erwachens nach Jahren der Isolation und Blindheit wird lang und schmerzhaft sein. Die Öffnung gegenüber der Welt, gegenseitige Anerkennung und Verständnis unter den Menschen im größeren Balkan und die Schaffung neuer Werte erfordern wesentlich größere Veränderungen, Pflichten und Verantwortlichkeiten als die glanzvolle Unterzeichnung eines Friedensvertrages auf einer US-Luftwaffenbasis. (...)

Frauen in Schwarz, Belgrad, 22.11.95

Wir würden gerne diese Möglichkeit nutzen, um Euch über unser Verständnis zu informieren, daß der Krieg weit davon entfernt ist, zu Ende zu sein, unsere Unzufriedenheit mit den Friedensvereinbarungen auszudrücken und unsere Angst um die Zukunft der Region mit der Fortsetzung einer solchen Politik. Wir fahren mit unseren Straßenprotesten und allen anderen regulären Aktivitäten fort.

(Übersetzung: Andreas Speck, GWR-Redaktion) Vorabdruck (leicht gekürzt) aus: Graswurzelrevolution Nr. 204, Januar 1996; Quelle: CL-Netz

Kohl feuert Regierung Juppé an

Erbitterte Streiks in Frankreich

Die Absicht der Regierung Juppé, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes entsprechend den Vorgaben der Maastrichter Verträge zurechtzustutzen, ist auf erbitterten Widerstand gestoßen. Und das nicht nur im öffentlichen Dienst. Studenten haben sich den Streikaktionen und Demonstrationen angeschlossen, Aktionstage durchgeführt, um gegen die Situation an den Hochschulen zu protestieren. Belegschaften aus der Industrie sind ebenfalls Streikaufrufen gefolgt, unter anderem bei Renault, Michelin und im Bergbau. Vor allem das Transportwesen ist von dem Streik heftig erschüttert worden. Die Beschäftigten der staatlichen Eisenbahn SNCF streiken gegen den anhaltenden massiven Personalabbau – 60 000 weniger in den letzten zehn Jahren – sowie gegen die Ankündigung der Regierung, die Entschuldung des Bahnunternehmens durch den Staat zu begrenzen bzw. auszusetzen.

Insbesondere gilt der Kampf der Regierungsabsicht, das Rentenalter heraufzusetzen. Die Lokführer der SNCF können mit 50 Jahren in Rente gehen. Dieses „Privileg“ soll fallen, als Einstieg in eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters. Die Regierung will zudem, daß Staatsbeschäftigte zukünftig 40 statt 37,5 Jahre in die Rentenkasse einzahlen. Von einer solchen Verschlechterung des Rentensystems würden knapp fünf Millionen Menschen getroffen.

Juppé hat massive Eingriffe in die Autonomie der Sozialversicherungen (Sécurité sociale) vor. Zukünftig soll das Parlament Höchstgrenzen für die finanziellen Ausgaben beschließen. Über die Verteilung will die Regierung dann mit Gewerkschaften und Unternehmern verhandeln. Bisher liegt die Finanzhoheit der Secu allein bei den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden.

600 000 Menschen in Frankreich haben keinerlei gesundheitliche Versorgung, die Kostenerstattungen der Secu betragen sowieso schon höchstens 75 Prozent, den Rest müssen eventuelle private Zusatzversicherungen ausgleichen. Die Pläne der Regierung werden für viele zu weiteren massiven Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung führen.

Die Wucht der Streikbewegung hat nicht nur die französische Regierung überrascht. Auch die Bundesregierung zeigt sich besorgt, daß die politischen Kräfte einen Aufschwung nehmen, die die Vereinbarungen von Maastricht ablehnen. Kann sich die französische Regierung nicht durchsetzen, hätte das unter Umständen weitreichende Folgen für die geplante Währungsunion und die weitere politische Gestaltung der EU. Das folgende Dokument aus *l'Humanité* befaßt sich kritisch mit der Rolle, die die Bundesregierung gegenüber der französischen Streikbewegung einnimmt, aber auch gegenüber der französischen Regierung. Als Ordnungsmacht in Europa formuliert die BRD ihre Herrschaftsansprüche. Der deutsch-französische Gipfel bot ein weiteres anschauliches Beispiel, daß davon kaum jemand verschont bleibt. (map)

Das Auge der Bundesbank auf den sozialen Bewegungen Frankreichs

Noch vor der Ankunft Chiracs hat die deutsche Presse, die die Sichtweise des Kanzlers trefflich wiedergibt, ausgiebig das Programm vorgezeichnet, das der französische Präsident einhalten muß, wenn er wirklich den großen Unternehmen Vorteile verschaffen will unter dem Schutz der Mark ... Im Kern ist die Mitteilung einfach: Nichts wird abgetreten.

Fortsetzung nächste Seite oben



Es handelt sich schließlich darum, die Kriterien des wirtschaftlichen Zusammenwachsens, die durch den Vertrag von Maastricht definiert wurden, zu respektieren – und zwar nicht nur dem Geist der Verträge gemäß, wie die Bundesbank nicht müde wird zu betonen.

Im wesentlichen geht es darum, die Defizite im Haushalt und die Schulden zu beseitigen. Was einschließt, die Abgaben zu erhöhen und die sozialen Transferleistungen zu vermindern. Schließlich sollen die Prinzipien der sozialen Sicherheit und öffentlichen Aufwendungen vollständig in Frage gestellt werden. Ohne diese harte Therapie – man spricht in den Kreisen der Herrschenden von der Periode des Übergangs, ein Begriff, der bisher den realsozialistischen Ländern vorbehalten war – könnte die gemeinsame europäische Währung nicht erreicht werden ... Kurz, die gemeinsame europäische Währung wird entweder so stark sein wie die Mark oder in der Schublade bleiben ...

In Deutschland entrüstet man sich über die fortschreitende Unfähigkeit der „Grande Nation“, seine sozialen Spannungen zu bändigen, die das Risiko beinhalten, die Glaubwürdigkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Union in Zweifel zu ziehen und damit die gesamte europäische Konstruktion. Das Ganze geschieht genau in dem Augenblick, wo Deutschland danach strebt die Rolle einer Weltmacht zu spielen gleichauf mit den USA und Japan. Das setzt eine Zone finanz- und haushaltspolitischer Stabilität voraus, die Deutschland als „seine Zone“ betrachtet – ökonomisch, mehr noch, absehbar politisch. In Frankreich erklärt man uns, die Streikenden wendeten sich gegen eine einheitliche Währung und damit gegen die Europäische Union, wenn sie die Kriterien von Maastricht in Frage stellen ... das würde bedeuten, das die soziale Bewegung in Frankreich schließlich, wenn man so will, für den preußischen König kämpft ...

(l'Humanité, 6.12.95)

Nach Baden-Baden: Kohl greift energisch in den französischen Haushalt durch

Jacques Chirac hat während des französisch-deutschen Gipfels neue Methoden, die seit Beginn der 5. Republik noch nie angewendet wurden, eingeführt: Er hat vor einer fremden Macht – in diesem Falle Deutschland – nationale Ordnungsmaßnahmen angekündigt ... Schlimmer noch wiegt die Beurteilung, die der Präsident über die soziale Bewegung in Frankreich von sich gegeben hat. Er teilt in gewisser Weise die Auffassung Helmut Kohls, der die Streikenden in Frankreich dafür verantwortlich macht, daß die Maastrichter Entscheidungen in Zweifel gezogen werden. Tatsächlich ist die Gangart des Kanzlers nicht einfach schockierend ... ein deutscher Kanzler kann in völliger Legitimität Frankreich seine Politik diktiert.

Tatsächlich wird der Gipfel in Baden-Baden in Erinnerung bleiben als das Treffen der zwei größten Mächte Europas, die ihre Entscheidung zugunsten einer gemeinsamen Währung bekräftigen ... Die Diskussion in Frankreich ist in den letzten Tagen stark mit der Frage befaßt, ob die französische soziale Bewegung den Maastrichter Vereinbarungen geschuldet ist oder nicht. Man könnte darauf antworten, daß Maastricht in großem Umfang verantwortlich für die Spannungen in Frankreich ist. Aber nicht allein. Es besteht auch ein Wille, die Frage des Staatsdefizites und der Schulden nach den Interessen der Banken und der großen Unternehmen zu behandeln.

(l'Humanité, 7.12.95)

The Jerusalem Times, 20.1.95:

„Die Wasserzufuhr ist der Schlüssel jeder Entwicklung“

Die Kontraste können nicht viel größer sein: Während Israel in seiner Leistungsbilanz exotische Früchte aus der Wüste und Wasserfilter sowie neue Tropfbewässerungssysteme anpreist, steht die palästinensische Entwicklung förmlich vor dem leeren Schlauch, nur winzige Tröpfchen Wasser kommen dort raus.

Israel verbraucht etwa 1900 Mio. Kubikmeter Wasser pro Jahr, so hat es eine Studie aus dem Jahr 1992 berechnet. Pro Kopf und Tag im häuslichen Gebrauch werden etwa 220/250 Liter verbraucht, jährlicher Verbrauch 390 Kubikmeter pro Kopf. (In Deutschland liegt der Pro-Kopf-Verbrauch übrigens bei ca. 145 Liter, was aber – für Israel – auch mit dem wärmeren Klima begründet wird.) 25% gehen in die Haushalte, 5% in die Industrie, weitere 70% der Wasserquellen gehen in die Landwirtschaft Israels. Dreimal geringer als in Israel ist der Wasserverbrauch in den besetzten Gebieten, im zukünftigen Palästina, etwa 110 Kubikmeter pro Kopf/Jahr. In Jordanien liegt der Wasserverbrauch bei 200 Kubikmeter.¹

Von diesen genannten Größen geht also sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten oder in Jordanien das Wasser mehrheitlich in die Landwirtschaft, allerdings unter stark unterschiedlichen Voraussetzungen. High Technology auf der einen Seite, rückständige, weil nicht finanzierbare Entwicklung auf der anderen Seite. Stolz nennt die Botschaft Israels in einer ihrer Publikationen vom August 1993 umweltsensitiven und gegen Beschädigung durch Insekten, Düngemittel und Chemikalien gesicherte Tröpfchenwasserrohre als neueste Errungenschaft aus dem Kibbuz Hazerim; zwei Drittel dieser Produktion geht in den Export. So konnten sie inzwischen auch Tomaten mit einem süßen Geschmack (zu Höchstpreisen) auf den europäischen Markt bringen.²

Um dieses zu erreichen, haben die israelischen Behörden seit 1967 einiges unternommen, um ein Ansteigen des palästinensischen Wasserverbrauchs zu unterbinden, z. B. wurde ihnen keine Erlaubnis zum Bohren von neuen Brunnen erteilt. Gleichzeitig wurden in Israel selbst neue Tiefbrunnen gebohrt, die den abgesenkten Wasserspiegel erreichten. Das Ergebnis war deutlich: Flache palästinensische Brunnen trockneten aus, das damit ursprünglich bewässerte Land wurde enteignet, da es ja nicht mehr bewirtschaftet wurde. Das heißt heute immer noch: Viele palästinensische Dörfer haben kein Wasser oder nur eine limitierte Zufuhr. In Bethlehem brauchte die Bevölkerung eigentlich 500 Kubik Wasser, aber aufgrund der zionistischen Siedlungsprojekte können nur 130 Kubik gepumpt werden.

Hinzu kommt, daß Israel mehr als 40% seines eigenen Wasserhaushalts aus fremden Quellen deckt, d. h. von außerhalb der Grenzen von 1967. Etwa 90% des Wassers aus der Westbank werden für Siedlungen oder das israelische Kernland abgezapft (in den Siedlungen wird durchschnittlich noch mehr Wasser als in Israel verbraucht).³ Wer also – wie Freunde Israels in den letzten Jahren – den „Wald der deutschen Länder“ insbesondere im Negev unter dem Stichwort „Die Wüste lebt“ unterstützt, sollte sich zugleich auch über die Frage der Wasserentnahme für die netten Bäumchen Gedanken machen.

Soweit ein paar Details zu den nicht gelösten Problemen um diesen be-

grenzten Rohstoff. Eine Frage, die keineswegs an technischen oder bildungspolitischen Problemen scheitert – es gibt bereits ausgearbeitete Programme.

Unter dem Titel „Ohne Wasser drohen im Nahen Osten neue Konflikte auszubrechen“, berichtete die *Frankfurter Rundschau* von Ansichten, die das Wasser in der Bedeutung längst vor das Öl gestellt haben.⁴ Schon 1967 hatte diese Frage eine Rolle gespielt. Nach einem Nebenvertrag zwischen Israel und Jordanien 1994 ausgehandelten Bedingungen soll das Wasser des Yarmuk überwiegend an Jordanien gehen, während das Wasser des Jordan von Israel genutzt werden soll. Die Bestimmungen sollen von einem gemeinsamen Komitee überwacht werden. Schnell machte sich dann die deutsche Baufirma Kaiser auf den Weg, um grenzüberschreitend ein Projekt auszuarbeiten. Vom Mittelmeer soll Wasser in die Jordansenke geleitet werden (250m unter Meeresspiegel), damit soll dort der gesunkene Wasserpegel aufgefrischt werden. Aber das sind derzeit noch Zukunftsträume. Bei der Planung wurde die PNA⁵ „vergessen“, überdies hatte Jordanien ein eigenes Projekt vorgelegt, das die Entsalzung von Wasser aus dem Roten Meer vorsieht. So entscheiden letztlich mal wieder die Finanzierungsquellen (Weltbank) über die „richtigen“ Investitionen. Bislang, so schreibt selbst die deutsche Zeitung *Das Parlament*, gibt es keine Einigung über die Aufteilung der

schreiben den PalästinenserInnen den Wasserverbrauch vor und nehmen dabei das Jahr 1967 als Richtschnur an. Über den damaligen Verbrauch hinaus soll kein Wasser an die PalästinenserInnen gehen, oder es soll in Ausnahmen zu einem wesentlichen höheren Preis (als bei den Israelis vorgeschrieben) zurückgekauft werden müssen. Eine umgekehrte Regelung gibt es noch nicht, obwohl einige palästinensische Strategen fordern, daß die Wasserrechte in einem künftigen Vertrag verhandelt werden müssen. Israel sollte dann für das Wasser aus der Westbank bezahlen, wenn die PNA diese Rechte verpachtet. Aber welcher Preis wird ausgehandelt? Eine politische Frage.

In den besetzten Gebieten zieht die israelische Armee zwar nun sehr zögerlich und um Jahre zu spät ab. Aber die öffentlichen Investitionen für neue Brunnen zur Entwicklung einer eigenen Landwirtschaft sind nicht möglich, da die PNA kein Geld hat. Die erforderliche Technologie für minimalen Wasserverbrauch in der Landwirtschaft ist weder in der Westbank noch in Jordanien vorhanden. Damit bleibt die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten gegeben. Hinzu kam in Jordanien noch der Boykott nach dem Golfkrieg, weshalb das Land damals z. B. 90% des Getreides importieren mußte. Zwar sollten keine Nahrungsmittellieferungen boykottiert werden, aber die gesamte technologische Entwicklung kam ins Stocken. Und dieser Boykott hielt weit über den ei-



Im Kampf um palästinensische Land beziehen Siedler noch unfertige Häuser. Jede weitere Landbesetzung entzieht den Palästinensern für jede Entwicklung notwendiges Wasser.

Wasserressourcen im Jordantal. Sechsmal hat man sich getroffen, aber eine Vereinbarung kam nicht zustande. Jordanien beschuldigt Israel z. B., zuviel Wasser aus dem Jarmouk abzapfen. Vermutlich wird sich die USA auch hier als Schiedsrichter einschalten. Zwar gibt es internationale Konventionen zum Schutz der Wasserressourcen, in denen von einer „gerechten Aufteilung“ ausgegangen wird. Aber diese übertragen auf die Situation im Jordantal würde z. B. heißen müssen, daß in den unterirdischen Leitungen für die Zitronen- und Blumenplantagen im israelischen Kernland kein Wasser mehr abgezweigt werden dürfte. (Bekanntlich gibt es ähnliche Probleme auch zwischen der Türkei und Syrien oder dem Iraq am Euphrat und Tigris.)

Zahlreiche Pläne zur Lösung sind in den letzten Jahren schon diskutiert worden. Ob Wasser aus dem Litani kommen soll (derzeit von Israel besetzte Zone im Südlibanon), aus der Türkei oder aus dem Nil (wie Theodor Herzl schon 1902 fabulierte) oder über Meerwasserentsalzungsanlagen und in Plastikcontainern – dies alles sind unausgegorene Projekte.

Zuvor stehen noch eine Reihe von anderen elementaren Fragen auf der Tagesordnung. Israelische Behörden

gentlichen Golfkrieg hinaus an.

Solche Probleme sind in den gegenwärtigen Verhandlungen, wo es immer noch z. B. um den weiteren Ausbau von Siedlungen oder gar etwa um die Freilassung der politischen Gefangenen gehen sollte, nicht einmal am Rande Thema. Die Zeit läuft für die schon bisher Besitzenden, die schon lange zu kurz gekommenen schauen wieder einmal in den (fast) leeren Wasserschlauch. (mc)

Anmerkungen:

¹ Kostprobe: „Vielversprechend ist eine Frucht mit niedrigem Fettgehalt und dem Geschmack eines Schokoladenpuddings. Oder wie wäre es mit einer grünen Frucht in Gestalt einer Ananas mit köstlich-cremigem Fruchtfleisch? ...“ Zitiert nach einer Werbebroschüre von Jerusalem Dateline, April 1994

² Natascha Beschoner, „Water and Instability in the Middle East“, London 1992, vgl. auch Beilage zu *Das Parlament* vom 10. 3. 95, S. 13 ff.

³ Diese Tomaten wurden im Desert Agriculture Negev Experimental Center entwickelt; direkt unter der Wüstenoberfläche wurden Salz-wasserreservoirs angelegt, die von der Sonne erhitzt werden, die Filterfunktion der Tomatenpflanzen geben der Frucht dann einen süßen Geschmack.

⁴ Etwa 120 000 Siedlerfamilien verbrauchen soviel wie eine Million PalästinenserInnen; dafür zahlen letztere dann auch noch das Doppelte des israelischen Wasserpreises, vgl. *taz*, 17. 3. 95

⁵ S. FR vom 19. 11. 94

⁶ Palästinensische Autonomiebehörde

Sieben-Jahresplan – Bresche für die Neue Weltordnung

Mit dem neuen US-Haushalt wird das Ende der „Wohlfahrt, wie wir sie kennen“, eingeleitet

Als Mitte November Präsident Clinton's Veto gegen Teile des neuen Haushalts der Republikanischen Mehrheit im Kongreß zu einer vorübergehenden Schließung der meisten Regierungsämter infolge Auslaufens der bewilligten Geldmittel der Regierung führte, wurden die Streitereien um den Haushalt von einem Teil der US-Presse als politische Manöver für den Präsidentenwahlkampf im nächsten Jahr und als Haarspaltereien dargestellt. Andererseits gab es viele Artikel und Editorials, die von grundsätzlichen „philosophischen“ Differenzen zwischen Clinton und der Republikanischen Mehrheit über soziale Sicherheit und die Rolle des Staates sprachen.

Wahr an diesem vereinfachten Schwarz-Weiß-Bild ist, daß der Streit um die Beseitigung des Haushaltsdefizits in 7 Jahren (Republikaner) oder 10 Jahren (Clinton) Haarspalterei ist. Der Kern ist der gleiche: die Zukunft der sozialen Sicherheit – genauer gesagt der Abbau dessen, was an sozialer Absicherung noch da ist. Wahr sind die politischen Manöver: wer wem im nächsten Wahlkampf die Verantwortung zuschieben kann, wenn langsam die katastrophalen Folgen für die untersten und unteren Einkommensschichten sichtbar werden. Wahr ist auch, daß es gewisse, für die Betroffenen finanziell deutlich spürbare Unterschiede in dem Ausmaß des Abbaus der sozialen Sicherheit zwischen Clinton und den Republikanern gibt. Nicht wahr sind die abgrundtiefen „philosophischen“ Differenzen: Clinton und die „neuen Republikaner“ sind sich darin einig, daß Wohlfahrt, wie wir sie kennen, aufhören muß.

Tatsächlich ist es Clinton im 92er Wahlkampf gewesen, der das Schlagwort von Beendigung von „Wohlfahrt, wie wir sie kennen“, als eines seiner Versprechen aufgebracht hat. Er hat die Schleusen geöffnet für die breitflächige Erosion von 60 Jahren Sozialgesetzgebung. Roosevelt's New Deal Mitte der 30er Jahre und Johnson „Große Gesellschaft“ Mitte der 60er Jahre hatten einen bundesgesetzlich gesicherten Anspruch auf Wohlfahrtsunterstützung und andere soziale Hilfen für Einkommensschichten unterhalb einer bundesgesetzlich festgelegten Armutsgrenze geschaffen. Kein republikanischer Präsident, weder Reagan noch Bush, hat es zagen können, diesen grundsätzlichen Anspruch anzutasten. Der neue Republikanische Kongreß hat Clinton gern das Gesetz geliefert, das den Anspruch auf Wohlfahrt beseitigt. Kein Veto von Clinton. Nun stoßen die Reaktionäre nach und wollen den gesetzlich gesicherten Anspruch auf alle und jede Sorte von sozialer Unterstützung aufheben. Clinton „beharrt“ darauf, den Anspruch auf ein paar Arten von Unterstützung aufrecht zu erhalten. Soviel zu den „grundsätzlichen“ Differenzen.

13 Haushaltsgesetze

Die Verabschiedung des Haushalts in den USA ist ein langwieriger, gewundener Prozeß. Der „Haushalt“ besteht aus 13 einzelnen Gesetzen, die festlegen, wofür die Regierung wieviel Geld ausgeben darf. (Separate Gesetze legen die maximale Verschuldung fest.) Da in den USA der Regierungschef (der Präsident) nicht vom Parlament gewählt wird und die Regierung nicht dem Par-

lament verantwortlich ist und kein Mißtrauensvotum sie absetzen kann, ist die Bewilligung oder Nichtbewilligung von Geldern das wirksamste Instrument des Parlaments. Deshalb werden Gesetze, gegen die der Präsident sicher sein Veto einlegen würde, an ein x-beliebiges Haushaltsgesetz angehängt. Veto = kein Geld. So geschehen im November in der Verquickung von Anhebung der Verschuldungsgrenze und des Gesetzes zur Kostenreduzierung von Medicaid, dem staatlichen Programm für die Krankenversorgung der Armen. Clinton's Veto = Regierung pleite. Regierung 2 Wochen pleite = Clinton akzeptiert als Kompromiß Beseitigung des Defizits in 7 Jahren. Oder: Clinton will Truppen nach Bosnien senden?



Kann ihn das Repräsentantenhaus nicht hindern, aber Geld kriegt er nur, wenn er den Rüstungshaushalt der Republikaner, mit 8 Mrd. \$ mehr für die Rüstungskonzerne, als die Regierung wollte, unterschreibt. So geschehen. (Mag sein, daß beides nur Theaterdonner war. Virtual Reality ist die Aufgabe der Diener der herrschenden Klasse.)

Beseitigung des Defizits

Der herrschenden Klasse ist es gelungen, die Beseitigung des jährlichen Haushaltsdefizits zur allgemein anerkannten, alles überragenden Priorität zu erheben. (Vielleicht deshalb so populär, weil die meisten US-Bürger gut nachvollziehen können, wie sie Jahr für Jahr mehr in Schulden versinken.) Ein Vergleich mit den Ländern der Europäischen Union zeigt, daß das Verhältnis Defizit zu Bruttosozialprodukt der USA mit 2,0% weit unter dem Durchschnitt der europäischen Länder von 5,8% liegt (BRD 2,8%). Im Verhältnis Staatschuld zu Bruttosozialprodukt liegt die USA leicht unter dem europäischen Schnitt, 55% vs. 68% (BRD 50%). Die USA steht also nicht schlechter da als die Konkurrenz. Warum dann das Geschrei, jetzt? Warum war das Defizit o.k., als Reagan durch gewaltige Steuergeschenke für die Reichen die Staatschuld verdoppelt hat (und diese mit dem geschenkten Geld das Defizit finanziert und sich dadurch auf Jahrzehnte einen Anspruch auf den Staatshaushalt in Form von Zinsen erworben haben).

Der Unterschied ist, daß heute, mit einem schwankenden demokratischen Präsidenten, mit reaktionären republikanischen Mehrheiten in beiden Kammern des Parlaments und einer geschwächten Gewerkschaftsbewegung, die herrschende Klasse eine Chance sieht, auf Dauer den Lohn zu senken. Das Mittel: Beseitigung jeglicher staatlichen Garantie auf soziale Sicherheit, Einschränkung der Anspruchsberechtigung im Namen der Beseitigung von „Mißbrauch“ jetzt und Senkung der Sozialhilfesätze ins Bodenlose in der nächsten Rezession, wenn die Bundesstaaten, die in Zukunft für Wohlfahrt zuständig sind, kein Geld mehr haben. Dann ist jeder auf sich selbst angewiesen und muß Arbeit zu jeder Bedingung annehmen.

Soziale Gerechtigkeit à la Reaktionär

Drei der 10 Punkte des sogenannten „Vertrags mit Amerika“ der neuen republikanischen Reaktionäre unter Newt Gingrich waren Beseitigung des Defizits, Wohlfahrtsreform und Steuererleichterungen für die Reichen. Niemand, der recht bei Sinnen ist, konnte sehen, wie Defizitreduzierung und Steuernachlässe zusammenpassen. Inzwischen jedoch hat die Meinungsbildungsmaschine der herrschenden Klasse die Medien erreicht, daß Steuersenkungen für die Reichen und das Kapital als integraler Bestandteil des Plans zur Reduzierung des Defizits über 7 Jahre erscheinen. Das ist die neue soziale Gerechtigkeit: Steuererleichterungen für die Reichen und Wohlfahrtsentlastungen für die Armen.

Die Republikaner wollen Steuersenkungen in Höhe von 250 Mrd. \$ (über 7 Jahre). Der größte Teil davon geht in einen Steuernachlaß von \$500 pro Jahr pro Kind unter 18 Jahren. Nach Berechnungen des zuständigen Komitees des Repräsentantenhauses kommt über 60% davon Familien mit Einkommen zwischen \$30 000 und \$75 000 zu, während nach Berechnungen der Clinton-Regierung nur 30% diesen Einkommensschichten zufallen und über 50% Einkommen über \$100 000 gehen. Man kann davon ausgehen, daß alle Zahlen geschminkt sind. Kein Zweifel besteht, wer von der Reduktion der Kapitalertragssteuer von 28% auf 20% profitiert – und Kinder braucht man auch nicht dafür zu haben.

Zum Ausgleich werden die untersten Einkommen zur Ader gelassen. Der Steuernachlaß für Arbeitseinkommen unter \$30 000 pro Jahr soll aufgehoben. Schließlich muß doch das Defizit beseitigt werden. Zu diesem Zweck wollen die Republikaner 560 Mrd. \$ (über 7 Jahre) aus Medicare, der Gesundheitsversorgung der Alten (270 Mrd.), Medicaid, der Krankenversorgung der Armen (160 Mrd.), und Wohlfahrt (100 Mrd.) herauschinden. Das sind die gesetzlich garantierten Programme. Weitere 440 Mrd. \$ sollen aus Programmen, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht, herausgequetscht werden.

Lohnsenkung und New World Order

Wie man sieht, ist die „Wohlfahrtsreform“ nur ein kleiner Fisch. Die großen Fänge, Medicare und Medicaid, stehen noch aus. Die tatsächlichen „Einsparungen“ bei der Wohlfahrt sind dazu noch geringer, weil einfach ein Teil der Kosten auf die Bundesstaaten abgewälzt wurde. Die Einzelheiten der Sparmaßnahmen sind eine Gemeinheit nach der anderen: Die Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern soll an die Einzelstaaten gehen oder Begrenzung nach unten; die Food Stamp (Gutscheine für Lebensmittel) sollen um 34 Mrd. \$ gekürzt werden; Wohlfahrt ist auf 5 Jahre pro Leben begrenzt; 50% der alleinerziehenden Eltern, die Wohlfahrt erhalten, müssen eine Arbeit aufnehmen, aber Geld für Jobtraining und für Kindergärten gibt es nicht.

70 bis 100 Mrd. über 7 Jahre oder 10 bis 14 Mrd. pro Jahr! 8 Mrd. haben die Re-

aktionäre dieses Jahr allein den Rüstungsmonopolen zusätzlich nachgeworfen, insgesamt 253 Mrd. für das Pentagon. Mehrere 10 Mrd. für weitere B-2-Stealth-Bomber und Seawolf Nuklear-Unterseeboote und andere Waffensysteme. War der Ruin der Wohlfahrt „nötig“ für die Beseitigung des Defizits? Was hat es „erspart“? 5% der Militärausgaben.

Die US-Kapitalisten machen gegenwärtig enorme Profite, 500 Mrd. \$ dieses Jahr, doppelt so hoch wie vor drei Jahren. Seit der Machtübernahme des Kongresses durch die Ginrich-Republikaner vor einem Jahr hat der Dow-Jones-Aktienindex einen steilen Aufschwung genommen: Innerhalb eines Jahres durchbrach er die 4000- und 5000-Punkte-Grenze. Die Nachricht vom Abbruch des Caterpillar-Streiks ohne Lohnerhöhung hat ihn nochmals 40 Punkte nach oben befördert. Die Arbeitsproduktivität ist in den letzten Jahren stark angestiegen, aber die Löhne sind – inflationsbereinigt – gefallen. ^

Alles günstige Ausgangspositionen für das US-Kapital im Kampf um den Weltmarkt um Übermacht in der Neuen Weltordnung. Aber solange innerhalb den jeweiligen Handelszonen, NAFTA, oder weltweit, GATT, Konkurrenten ein niedrigeres Lohnniveau haben, werden die Kapitalisten nicht ruhen, bis sie die US-Arbeiter auch soweit gedrückt haben. „Jetzt handeln. Wer weiß, wie lange noch die Bedingungen günstig sind“, schreibt ein reaktionäres Schweineblatt. Er meinte zwar den Angriff auf Medicare und die Rentenversicherung, aber das gleiche gilt für die Zerstörung von „Wohlfahrt, wie wir sie kennen“. Wohlfahrt ermöglicht es, Arbeit zu Niedrigstlöhnen – unter dem Minimallohn – abzulehnen. „Arbeitsscheue“ in der Propaganda der Bourgeoisie.

Marie Antoinettes Gespenst

Die USA hat die größte Spanne in Einkommen zwischen den obersten 20% und den untersten 20% von allen Industrieländern, und diese Spanne ist heute größer denn je. 40 Millionen US-Bürger leben an oder unter der Armutsgrenze. Am anderen Ende: Die 25 höchstbezahlten Manager verdienen 1,5 Mrd. \$ pro Jahr, 60 Mio. \$ im Schnitt, mehr als 4000 mal soviel wie ihr niedrigst bezahlter Arbeiter. Diese scharfe Teilung in Habenichtse und Wohlhabende veranlaßte einen Kommentator in der *Chicago Tribune* anlässlich des Dow-5000-Durchbruchs im Gefolge des Abbruchs des Caterpillar-Streiks das Gespenst Marie Antoinettes, der berühmtesten letzten Königin von Frankreich, heraufzubeschwören. „Dann sollen sie halt Aktien kaufen“, hätte sie heute auf die Klage der Arbeiter wegen sinkenden Lohns geantwortet. Er sinniert, daß im 21. Jahrhundert gute Ausbildung und Spezialkenntnis nicht mehr ausreichen, um an den Dividenden einer supereffizienten Wirtschaft teilzunehmen. Man müsse Aktien besitzen. Zwar habe sich die Zahl von Aktienbesitzern vermehrt, aber was ist mit den zig Millionen, die von ihrem Lohn leben müssen und keine Aktien haben. „Es ist gut, ein (Aktien-)Besitzer zu sein, aber wir dürfen nicht vergessen, was die Besitzlosen mit Marie Antoinette gemacht haben,“ schließt der Kommentator. (her, ger)

Gegen die Kürzungen im Sozialbereich

Widerstand von Initiativen und Gewerkschaftern in NRW

Nach der Demonstration gegen die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe am 4.11.1995 in Bonn wird weiterer Widerstand organisiert.

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Armut Nordrhein-Westfalen, ein Zusammenschluß von 40 Initiativen von Sozialhilfeempfängern hat einen Aufruf beschlossen, unter den zur Zeit Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner gesammelt werden. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die Kürzungen im Bundesrat abzulehnen. Diese Zusicherung findet sich auch im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Mit dem Aufruf soll darauf hingewirkt werden, daß dies auch tatsächlich geschieht. Mit der Forderung nach einer sozialen Grundsicherung treten die Unterzeichner darüber hinaus für eine „umfassende Sozialreform“ ein.

Zu den Unterstützern des hier in Auszügen wiedergegebenen Aufrufes gehören bisher u.a. der AstA der Uni Duisburg, der Betriebsrat des DRK Essen, die Ratsfraktion der Demokratischen Linken Wülfrath, die DKP Ruhr-Westfalen, der IG Metall-Vertrauenskörper der Widia GmbH, das Bundessekretariat von JOC Emigrante (Spanische Christl. Arbeiterjugend), JungdemokratInnen/Junge Linke NRW, die LandesschülerInnenvertretung NRW, der Landesverband der PDS, einzelne Selbsthilfegruppen und mehrere kirchliche Gremien aus Duisburg. Darüber hinaus haben inzwischen gut 50 gewerkschaftliche und betriebliche Funktionsträger unterschrieben.

Nach einem ersten Treffen Anfang Dezember lädt die LAG Armut für den 5.1.1996 zu einem weiteren im DGB-Jugendcafé in Düsseldorf ein. Dabei geht es um die Fortführung der Sammlung von Unterstützern, eine Aktion zur Übergabe des Aufrufes und eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Landesregierung, die voraussichtlich in Duisburg stattfinden wird. (wof)

Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Grundsicherung! Aufruf an die Landesregierung NRW

Als das Bundessozialhilfegesetz 1962 in Kraft trat, war es als Schutz für vorübergehende Notlagen konzipiert und für soziale Sicherheit in besonderen Lebenslagen, nicht aber als soziales Netz bei Massenerwerbslosigkeit und gegen zunehmende Erschütterung der vorgelegten sozialen Sicherungssysteme.

Inzwischen sind knapp 9% der Bevölkerung des Ruhrgebiets Sozialhilfebezieher/innen, ihre Zahl hat sich seit 1980 mehr als verdoppelt, in NRW sind es 7% ... Sozialhilfe ist menschenunwürdig, diskriminierend und stigmatisierend. Sie geht mit weitgehendem Ausschluss aus dem sozialen Leben, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit für die Betroffenen und ihren Familien einher.

Dringend notwendig ist eine umfassende Sozialreform, die vom Recht eines jeden in der Bundesrepublik lebenden Menschen auf Sicherung seiner Existenz, unabhängig von Alter, Geschlecht, Familienstand und Nationalität, getragen ist.

Der neue Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Sozialhilfegesetz trägt diesem Grundgedanken keine Rechnung:

Abschaffung der Bedarfsdeckung.

Die Bundesregierung will die Bedarfsdeckung durch das Lohnabstandsgebot von 15% zwischen Sozialhilfe und unterster Lohn- und Gehaltsgruppe ersetzen. Die Sozialhilfe soll sich also nicht mehr an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten, sondern an den sinkenden Realloöhnen orientieren. Damit sind weitere Kürzungen vorprogrammiert.

Unterhaltspflicht in Haus- und Wohngemeinschaften

Diese Kürzungen werden durch eine Ausweitung der Unterhaltspflicht auf alle Mitglieder einer Wohn-/Hausgemeinschaft noch erweitert. Damit wer-

den alle Bestrebungen alleinstehender Menschen, die Kosten für den Haushalt zu reduzieren und alternative Wohnformen, insbesondere von jungen Menschen, bestraft ...

Zwang zur Arbeit

Statt der Bereitstellung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ... sieht der Gesetzentwurf den Zwang zur Arbeit zu jedweder Bedingung vor. Außerdem ist die Öffnung von Zuschüssen an Arbeitgeber auch für ungeschützte Arbeitsverhältnisse, die Degression der Freibeträge bei Aufnahme einer Tätigkeit, die Verlagerung der Arbeitsmarktpolitik auf die Träger der Sozialhilfe und damit auch die Entstehung weiterer Kosten für die Kommunen vorgesehen.

Keine Rechte für Menschen mit Behinderungen

Die Regelungen für Kostenübernahme bei Behinderten wird weiter auf Wirtschaftlichkeit statt auf Integration und Sicherstellung des Rechts von Behinderten auf gleichberechtigten Arbeitnehmerstatus ausgeweitet.

Rassistische Regelungen bleiben bestehen

Seit 1993 gibt es für Asylsuchende keine Sozialhilfe mehr. Das Asylbewerberleistungsgesetz hat neben eingeschränkter medizinischer Versorgung um 25% gekürzte Leistungen, in der Regel als Sachleistungen vorgeschrieben. Die Sozialhilfegesetzgebung hebt diese rassistische Regelung nicht auf.

Lohndumping wird fortgesetzt

Für Beschäftigte laufen alle diese Maßnahmen gleichzeitig auch darauf hinaus, den Druck auf die Löhne zu erhöhen und damit die Löhne und Gehälter gerade in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen weiter zu senken. Eine Spirale der weiteren Verarmung ist damit deutlich absehbar ...

Die Landesregierung NRW hat in ihrer Koalitionsvereinbarung den Grundsatz der sozialen Grundsicherung festgeschrieben und die Erarbeitung von Eckpunkten bis 1997/98 angekündigt. Darüber hinaus hat sie angekündigt, die Re-



Bild: afma

gierungspläne für die Neuregelung der Sozialhilfe abzulehnen.

Deshalb wenden wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, uns heute an Sie ... Wir fordern Sie auf, (im Bundesrat) ... bei Ihrer Ablehnung zu bleiben. Die Bundesregierung muß gezwungen werden, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen und eine Reform des Sozialhilferechts vorzulegen, die den Rechtsanspruch auf eine soziale Grundsicherung stärkt und:

- der Bedarfsdeckung Rechnung trägt;
- die Unterhaltspflicht auf Ehegattinnen und Ehegatten bzw. Eltern gegenüber ihren minderjährigen Kindern beschränkt;
- statt Zwang zur Arbeit unter jeder Bedingung, die Einbeziehung aller Menschen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu tariflichen Bedingungen sichert;
- Deutsche und Ausländer/innen in der Sozialhilfe gleichstellt;
- die Rechte und ein existenzsicherndes Einkommen von Behinderten anerkennt und ihre gleichberechtigte Integration in das Arbeitsleben fördert;
- die Kommunen durch eine neue finanzielle Regelung und die Beteiligung des Bundes entlastet ...



Das Mädchen schaut verängstigt, drückt sich an ihren Vater. Die Kurden benutzen ihre Kinder als Druckmittel, wollten sie verbrennen.

Gewerbsteuererhöhung wird teuer bezahlt

Hamburg, In den Verhandlungen zwischen SPD und Stadt-Partei haben sich beide Kooperationspartner jetzt doch auf eine Erhöhung der Gewerbesteuerhebesatzes um 20 Punkte auf 470 % geeinigt. Die für den Haushalt des kommenden Jahres daraus erwarteten Mehreinnahmen von 60 Mio. DM werden allerdings teuer erkauft: So soll aus dem Verkauf von staatlichem Vermögen eine Stiftung eingerichtet werden, die mit einem Kapital von 100 Mio. DM „die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen fördern soll“, wobei über die Vergabe der Wirtschaftsbehörde gemeinsam mit Kammern und Verbänden entscheiden soll. Zum zweiten setzte die Stadt-Partei eine Erhöhung der Sparsumme bei den laufenden Ausgaben bis 1999 um 200 Mio. DM durch, was die ohnehin engen Spielräume für städtische Sozialpolitik weiter einengt. Zudem erhandelten die Stadt-Vertreter den Ausbau der wirtschaftsnahen TU-Harburg. Obwohl den Unternehmern dadurch die Steuermehrbelastung mehr als wettgemacht werden dürfte, bezeichneten sowohl Stadt-Partei wie auch CDU und FDP die Gewerbesteuererhöhung weiterhin als „Fehler“, die

GAL nannte den „Deal Steuererhöhung gegen neue Subventionen so ziemlich das Dummste, was man sich einfallen lassen kann“. Der Wahrheit am nächsten kommt vermutlich SPD-Fraktionschef Elste, der in der Erhöhung der Gewerbesteuer die einzige Möglichkeit sieht, die „Sparbemühungen des Senats für die Sozialdemokraten überhaupt akzeptabel zu machen“. Als Alibi für einen unsozialen und einseitig auf Kapitalinteressen ausgerichteten Haushalt also. ulj

Türkische Regierung belastet Verhältnis zu NRW

Düsseldorf. In einer gemeinsamen Presseerklärung haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Verhalten der türkischen Regierung gegenüber der geplanten fachkundigen Delegation aus NRW, die sich über die Verfolgungslage der Kurden auch in der Westtürkei ein Bild machen sollte, kritisiert. In der Presseerklärung heißt es:

„Die Einreiseverweigerung (für Parlamentarier und Regierungsvertreter) ist ein einmaliger diplomatischer Vorgang. Es kann nicht hingenommen werden, daß die türkische Regierung Parlamentariern die Einreise verweigert, die sich

Kurdische Familien in verzweifelterm Kampf um kulturelle Selbstbestimmung. Die Welle von Veranstaltungs- und Vereinsverboten, die auch den Kurdischen Elternverein in München erfaßt hat, konfrontiert unsere kurdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit einem volksgruppenspezifischen Versammlungsverbot. Der kurdischen Kultur in der BRD droht nach der Verleumdung durch die Presse die Auslöschung durch den Staat.

Das Münchner Bündnis gegen Rassismus und das Münchner Kurdistan-Solidaritätskomitee veranstalten am 15. Dezember auf dem Karlsplatz ein BürgerInnenforum und wollen u.a. Filme auf einer Großleinwand zeigen. (aus Lokalberichte München)

Das große Abführen

Köln: Polizei verhaftete 400 Kurdinnen und Kurden

Auch an diesem Wochenende, Sonntag, dem 26. 11. 95, durften die Kölner beobachten und die KurdInnen erfahren, welche starke Polizei unser Land hat. Im Dom herum stand eine Armada von Polizei, die keinen mit schwarzen Haaren und türkischer Staatsbürgerschaft oder kurdischer Herkunft auf die Domplatte ließ. Grund für die Sortierung nach schwarz und weiß soll eine geplante Demonstration von Kurden am Jahrestag des PKK-Verbots gewesen sein.

Aus dem Bahnhof kam man nur durch eine Gasse von Polizei-Autos und Polizisten, an deren Ende nach dem Motto "Die Guten ins Tröpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen" alles mit kurdischem Aussehen kontrolliert wurde und in 90% der Fälle sofort mit Plastikriemen gesesselt zum bereitstehenden Polizeibuss gebracht wurden. Ich befand mich per Zufall dort, wie viele andere Ausländer auch. Gesehen habe ich bei diesen Kurden, soweit ich es beobachten

konnte, nichts Verdächtiges: Kein Fähnchen oder Fahne mit verbotenen Symbolen, und kein Plakat. Schlagstöcke oder Baseballschläger habe ich ebenfalls nicht gesehen.

Ein Kurde z.B. kam mit seiner Freundin zum Spaziergehen. Der Grund für seine Festnahme war ein Bändchen aus gelben, rotem und grünen Farben. Später wurden durch Zivilpolizisten noch die letzten frei laufenden Kurden eingesammelt. Es fand keine Versammlung statt, es gab keine Parolen, sie waren wie Schafe, die zur Schlachtbank geführt wurden.

Erschreckend ist nicht nur diese absolut diskriminierende Behandlung einer Volksgruppe, sondern auch die Diffamierungen auf der Pressekonferenz der Polizei. Die Baseballschläger hatte sie sicherlich bei den Fußballfans gefunden. Freie Meinungsäußerungen ohne Gewalt ist genau das, was die Kurden möchten. Aber wer übte an diesem Sonntag Gewalt aus? (d. g.)

„Kein Aus für Ausbildung!“

Demonstration von Jugendlichen für Bildung

Bildung, Ausbildung und Arbeit für alle! hieß das Motto der Demo und Aktion die am Samstag, dem 2. 12. 95 stattfand. Rund 200 Jugendliche, Schüler, Auszubildende und Gewerkschaftsjugendliche versammelten sich zu einer Auftaktkundgebung beim Denker-/Robühlplatz. Aufgerufen und organisiert wurde die Demo von Gewerkschaftsjugendlichen wie der IGM-, der HBV- und der TV-Jugend, dem Stuttgarter SchülerInnenrat und Jugendoffensive/JRE. In verschiedenen Schulen und Betrieben waren Transparente zu sehen, die allgemeinen Forderungen nach „Bildung für alle“ oder „Unbefristete Übernahme im erlernten Beruf“ deutlich machten. Der lebhafteste Demonstrationzug, der durch kämpferische Stimmung und witzige Parolen Aufsehen er-

regte, endete am Berliner Platz. Auf der Abschlussskundgebung forderten Redner der ÖTV-Jugend, der IG-Metall-Jugend und des Stuttgarter SchülerInnenrats besser Chancen in Bildung und Ausbildung, sowie auch im Arbeitswesen. Auch wurden auf die schlechten Situationen an Schulen und Berufsschulen verwiesen, die „mehr, als Worte sagen.“ In diesen Reden wurde hart und deutlich klar gemacht: „Wenn wir uns nicht wehren, sieht die Zukunft für die heutige Jugend düster aus!“ Jugendoffensive/JRE machten in ihrer Rede deutlich, daß weitere Schritte zu einem erfolgreichen Kampf stattfinden müssen. Durch diese Reden beschwingt, besetzte der gesamte Demonstrationzug in einer spontanen Aktion den Berliner Platz. (a.b.)

einen ein Bild über die aktuelle Menschenrechtslage der Kurden machen und zum anderen die inhaftierten MP-Abgeordneten im Gefängnis besuchen wollen ...

Das türkische Außenministerium hat den deutschen Botschafter in Ankara abbestellt und diesem erklärt, die nordrhein-westfälische Delegation sei in der Türkei unerwünscht.

Die Koalitionsfraktionen verurteilen das Vorgehen der türkischen Regierung. Sie belastet damit das traditionelle Verhältnis in unverständlicher Weise. Ihr Verhalten belastet darüber hinaus die Bemühungen, die Türkei in den europäischen Einigungsprozeß einzubeziehen.“

aus Lokalpublizistik NRW

Verbot der Informationsstelle Kurdistan wird vorbereitet

Am 30. November 1995 wurde das Büro der Informationsstelle Kurdistan e. V. in Bonn durchsucht.

Die gesamte Infrastruktur – Telefon, Fax und Rechner des Computers, Adressen, Kasse, Arbeitsordner – wurden beschlagnahmt. Sogar vor dem Papierabfall wurde nicht haltgemacht: Eine Tüte mit diversen Papieren aus

dem Mülleimer bildete den Abschluß des vierseitigen Beschlagnahmeprotokolls. Der Vorstand der Informationsstelle Kurdistan protestiert scharf gegen diese Maßnahme und wird rechtliche Schritte einleiten. Auf Ersuchen des Bundesinnenministeriums hat in Amtshilfe per NRW-Innenministerium und der Bezirksregierung Köln das Verwaltungsgericht Köln bereits am 16. 11. die Durchsuchung und Beschlagnahme beschlossen. Nach Meinung des Bundesinnenministers stellt unser Verein eine „Ersatzorganisation des 1993 verbotenen Kurdistan-Komitees Köln“ dar. Begründet wird diese Annahme damit, daß die Informationsstelle die „Interessen des Kurdistan-Komitees“ weiterverfolgt und als Kontaktadresse des Kurdistan-Reports fungiere. Wir stellen dazu fest:

1. Seit Gründung der Informationsstelle Kurdistan im Juni 1994 haben wir uns eindeutig gegen das sogenannte „PKK-Verbot“ ausgesprochen und dazu aufgerufen, den in Deutschland verfolgten Kurden und Kurdinnen Schutz, Räume und Stimme zu geben.

2. Der Kurdistan-Report ist eine legale zweimonatlich erscheinende Zeitschrift, die über die aktuellen Entwicklungen in Kurdistan informiert und sich an die deutsche Öffentlichkeit richtet.

Managements in Kitas

Kinder werden zu Produkten degradiert

Auf dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung in Stuttgart wird derzeit im Jugendamt an Organisationsreformen gearbeitet. Das Jugendamt gilt als Modellamt zur „Verschlankung der Stadtverwaltung“.

Dezentrale Ressourcenverwaltung (DRV) ist hier das Hauptschlagwort. Teil dieses Entwicklungsprozesses ist eine Organisationsuntersuchung der Abteilungen Kindertagesstätten und des allgemeinen Sozialdienstes, die von externen Firmen vorgenommen wird und das Stadtsäckel mit insgesamt ca. 1 Mill. DM belastet. Projektziele sollen sein: Stärkung der DRV nach unten, ein bedarfsgerechteres Betreuungsangebot für Eltern und Kinder und die Verbesserung des Personaleinsatzes, besonders der Vertretungssituation bei Krankheit und Urlaub. Dazu soll eine neue Leitungsstruktur installiert werden, die sich „Steuerungskreisleitung“ nennt. Kleine, nahe beieinander gelegene Einrichtungen sollen in Einheiten zu 5 bis 8 Gruppen unter einer Gesamtleitung zusammengefaßt werden. Große Einrichtungen bilden einen eigenen Einrichtungskreis. Zur Kostenneutralität werden Maßnahmen vorgeschlagen, die eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen zur Folge haben:

1. Da die Gesamtleitungen für die Verwaltung zuständig sind, können der Gruppenleiterin im Kindergarten anderthalb bis zwei Stunden Vorbereitungszeit wöchentlich gekürzt werden. Wer nicht in Teilzeit arbeiten will, kann in der nächst gelegenen Ganztageseinrichtung Vertretung übernehmen.

2. In den Ganztageseinrichtungen werden die zusätzlichen Kräfte für Frühdienst (10 Stunden) und Arbeitszeitverkürzung (1,5 Std pro Person wöchentlich) gestrichen. Das soll dienstplanmäßig durch Personalausdünnung an sog. Randzeiten, wenn weniger Kinder da sind, geregelt werden.

3. Die Springkraftstellen werden von 21 auf 5 Stellen gekürzt. Die Stellen werden in Honorarkraftstellen auf 560 DM-Basis umgewandelt.

4. Die Fachberater werden den Bereichsleitern unterstellt. Bei der letzten Neuorganisation der Abteilung waren auf Betreiben des Personalrats Fach- und Dienstaufsicht getrennt worden, um zusammen mit der Fortbildungsstelle eine Verbesserung der Qualität in der Kinderbetreuung zu erreichen.

Der Personalrat und die Basisvertreter in der Projektleitungsgruppe Kindertagesstätten lehnen die Einführung von Gesamtleitungen in dieser Form ab. Sie kritisieren vor allem die Folgen der Verrechnung von Arbeitsstunden zugunsten der Gesamtleitungen. Diese Vereinbarung beinhaltet, langfristig eine Regionalisierung des Jugendamts anzustreben. Alle Dienste des Jugendamts wie Kinder- und Jugendbetreuung, Allgemeiner Sozialdienst und Familienbetreuung und -beratung sollen im Stadtbezirk zusammengefaßt werden. Damit soll einer effizienteren und besseren Zusammenarbeit erreicht werden. Diesen Regionalabteilungen werden dann auch die Ressourcen Personal und Finanzen zugeordnet. Deshalb schlägt der Personalrat für die Kindertagesstätten Bereichsleitungen mit Sitz im Stadtbezirk vor, die halbtags von einer Verwaltungssachbearbeiterin unterstützt werden. Die Kindergruppen sollten in mehrklassigen Einrichtungen unter einer Gesamtleitung zusammengefaßt werden. Aus Finanzierungsgründen sind die zweiklassigen Einrichtungen von diesem Vorschlag ausgenommen. Die Vorteile einer Zusammenfassung von Gruppen mit verschiedenen Betreuungsformen werden durchaus gesehen, da sie den angestrebten wohnungsnahen Kinderhäusern sehr nahe kommen. Die Auseinandersetzungen auf der Ebene der Beschäftigten werden auf den Personalversammlungen in den ersten Dezemberwochen fortgeführt. Die ÖTV-Vertrauensleute planen, die Eltern in einem Brief zu informieren. Sie werden aufgefordert, sich an den Auseinandersetzungen zu beteiligen. Es wird zu einer gemeinsamen Aktion bei der nächsten Gemeinderatssitzung am 14. 12. 1995 aufgerufen. (mok, gekürzt)

Schon am 18. November 1995 wurde eine von deutschen Solidaritätsgruppen vorbereitete Demonstration „Für eine politische Lösung in Kurdistan“ verboten. Die Durchsuchung unseres Büros betrachten wir als weiteren Angriff auf die deutsche Solidaritätsbewegung, die sich bundesweit für den Schutz und die Unterstützung von Kurden und Kurdinnen in Deutschland einsetzt.

Offenbar soll heute jede Stimme zum Schweigen gebracht werden, die offensive Kritik an der „Kurdistan-Politik“ der Bundesregierung formuliert. Für uns ist es eine politische und moralische Verpflichtung, laut und unmißverständlich dagegen zu protestieren.

Die Beschlagnahme unseres Arbeitsmaterials bedeutet eine massive Behinderung.

Wir fordern die sofortige Rückgabe. Pressemitteilung Informationsstelle Kurdistan e. V., Bonn 30. 11. 95

Beseitigung der Wahlhürden für EU-Bürgerinnen ist nötig!

München. Rund 260 000 EU-Bürger können bei den bayerischen Kommunalwahlen im März 1996 erstmals wählen, allerdings nur, wenn sie sich – im Unter-

schied zu anderen Bundesländern – mit einem persönlichen Antrag in das Wählerverzeichnis eintragen lassen. Die Landtagsfraktion der Grünen und die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (AGABY) starten jetzt durch. Mit 19 000 mehrsprachigen Informationsblättern, in denen Antragsformulare mit gut verständlichen Erklärungen beigelegt sind und auch die komplizierten Wahlmöglichkeiten (Listenwahl, Panaschieren, Kumulieren) erläutert sind, wollen sie die Betroffenen über Kultur-, Bürger-, Sportvereine, Ausländerbeiräte und Beratungsstellen erreichen. Es gibt einige Städte, wie München, Nürnberg oder Schwabach, die selbst aktiv geworden sind, doch es gibt auch ganz andere Fälle: der extremste ist bis jetzt bekanntgeworden aus Tapfheim (Kreis Donau-Ries), wo die Gemeindeverwaltung wahlwilligen EU-Bürgern lediglich die Telefonnummer der Druckerei nannte, in der die Antragsformulare hergestellt werden. Die Grünen-Sprecherin Baraba Hoffmann hält die abschreckenden bürokratischen Hürden aus dem Innenministerium für „administrativen Rassismus“. Ihre Partei faßt deshalb mit den Ausländerbeiräten neben einer EU-Petition auch Wahlanfechtungen und eine Popularklage ins Auge. baf

Deutlich härtere Strafen gegen Totalverweigerer

Wer sich der deutschen Militärmacht und -politik verweigert, kommt länger ins Loch

Woche für Woche finden in Berlin mittlerweile Prozesse gegen Totalverweigerer statt. Im Dezember sind erneut drei Termine angesetzt.

Steigende Verweigererzahlen von über 40% der tauglich Gemusterten, davon immer mehr Totalverweigerer, stören die Mobilisierung für militärische Auslandseinsätze. So beobachtet die Berliner „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ eine zunehmend härtere Abstrafung dieser sich jedem Zwangsdienst widersetzen jungen Männer. Dies betrifft sowohl die Militärstrafen (Arrest) als auch die anschließenden Zivilprozesse (wegen Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht).

„Vom Disziplinararrest zum Strafarrest übergegangen“

Hatten die Truppendienstgerichte früher meist 21 Tagen Arrest verhängt, so wurde vor einem Jahr Lothar W. 84 Tage unter Arrest gestellt, Tino S. insgesamt 77 Tage. Der Präsident des Truppendienstgerichts Nord in Hannover, Hohenstein, äußerte gegenüber der Kampagne: „Wir sind jetzt vom Disziplinararrest zum Strafarrest übergegangen. Das heißt, daß in der Regel mehr als 63 Tage Arrest gegen sogenannte Totalverweigerer verhängt werden.“ Ein als Zeuge vernommener Kompaniechef berief sich im Oktober vor einem Berliner Gericht auf einen Erlass aus dem Verteidigungsministerium, wonach ange-

sichts steigender Totalverweigererzahlen bei der Bundeswehr seit 1994 das Disziplinarrecht total auszuschöpfen sei. Auf Anfragen von Bundestagsabgeordneten (Grüne und PDS) hat das Bundesverteidigungsministerium im November die Existenz eines entsprechenden Erlasses geleugnet. Entweder das Ministerium oder der Kompaniechef sagt die Unwahrheit. Das festzustellende abgestimmte Vorgehen vieler Kommandeure und Militärrichter spricht für den Wahrheitsgehalt der Angaben des Kompaniechefs.



Zur Unterstützung eines hungerstreikenden Totalverweigerers besetzten Mitglieder der Berliner „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ vor kurzem das Truppendienstgericht in Potsdam. Bilddokument aus: „Neues Deutschland“, 14.11.95.

Anzeige gegen Rüge und andere wegen „Freiheitsberaubung“

Bereits am 2. November hat die „Kampagne“ gegen drei Militärrichter, die für überhöhte Arrestierungen verantwortlich sind, und gegen Verteidigungsminister Rüge Strafanzeige beim Generalbundesanwalt erstattet. Die Vorwürfe „Freiheitsberaubung, Verleitung von Untergebenen zu Straftaten, verfassungsfeindliche Einwirkung auf die Bundeswehr, Rechtsbeugung und Bildung einer kriminellen Vereinigung“ be-

rufen sich auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Dieses habe in einem Urteil die Höchstgrenze für eine Arrestierung auf 63 Tage (Übermaßverbot) festgelegt. Die angewendete schärfere Arrestierungspraxis wird als bewußt geplanter Mißbrauch des Disziplinarrechts zur Verfolgung politisch Andersdenkender gewertet.

Für die Totalverweigerer folgt nach der Militärstrafe noch ein Strafprozeß. Auch hier stellt die „Kampagne“ eine Tendenz zu härteren Strafen fest. Im Sommer wurde das erste Mal seit vier Jahren wieder eine Haftstrafe ohne Bewährung in Berlin verhängt. Am 11. Oktober verurteilte ein Berliner Amtsrichter einen ostberliner Totalverweigerer zu vier Monaten Haft ohne Bewährung. Ein Sprecher einer Totalverweigerer-Initiative aus Braunschweig gegenüber dem ND: „Die Urteile gehen immer weiter auseinander. Waren früher sechsmo-natige Strafen zur Bewährung üblich, so verurteilt heute der eine Richter deutlich über diesem Maß, ein anderer verhängt eine vergleichsweise milde Bewährungsstrafe von drei Monaten.“ Noch gelingt es, daß harte erstinstanzliche Urteile in der Berufung abgemildert werden. So endete die Berufungsverhandlung gegen Heiko M. am 6. Dezember mit einem Urteil von 3 Monaten Haft (auf zwei Jahre Bewährung). Die Vorinstanz hatte die vorstrafenrelevante Strafhöhe mit 100 Tagessätzen (zu 30,- DM) überschritten. (ard)

Quelle: Pressemitteilungen der „Kampagne“, ND, 10.11. und 14.11.

PDS-SPD in Thüringen?

Viel Gerüchte und Spannungen in der SPD

Nach den Berliner Wahlen ist die Diskussion um die PDS auch in den Herden der Thüringer Politiküche zu einem Dauerebrenner geworden.

Dabei sind die Herangehensweisen recht unterschiedlich. Herr Ministerpräsident Vogel betrachtet seine diesbezügliche Heizeraufgabe offensichtlich mehr als Krematoriumsjob. In einem Interview für den Deutschlandfunk bezeichnete der die PDS-Mitglieder als „Unverbesserliche“ und „Gruftis“ der „deutschen Politik“. Heißt er deshalb so kräftig, weil er seine Koalition in Gefahr sieht, falls es sich die SPD anders überlegt und mit der PDS liebäugelt?

Eigentlich kaum zu glauben. Eher ist da schon möglich, daß er die „Rote-Socken-Methode“ seines Pfarreer-Generalsekretärs Hinze neu aufzulegen versucht. Rezept: Man stärke die PDS durch Beschimpfung, um die SPD gleichzeitig zu disziplinieren.

Die „Sozialdemokratie“ - in Berlin beiläufig sie sich bereits wieder, in die große Koalition zu kommen - ist also auch in Thüringen vor die Frage gestellt, wie sie als Partei zwischen CDU und PDS agieren soll. Der Verzicht des bisherigen SPD-Landesvorsitzenden Schuchardt (Stellvertreter Vogels und Wissenschaftsminister in dessen Kabinett) auf eine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz im kommenden Jahr ist Ausdruck der inneren Spannungen in Thüringens SPD. Einerseits wird Schuchardt vorgehalten, keine eigenen Akzente in der Regierungspolitik zu setzen. Alles gehe dort nach dem Willen der CDU. Andererseits werfen ihm viele Ge-

nossen und Genossen von der Parteibasis seine starre Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der PDS vor. Sie meinen, das lasse sich nicht durchhalten, stärke die PDS überdies weiter. Sein designierter Nachfolger Richard Dewes (Westimport und Innenminister der Vogel-Regierung) läßt diesbezüglich andere Töne hören. Er möchte die PDS als „ganz normale Partei“ und politischen Konkurrenten behandelt wissen.

PDS Thüringen zurückhaltend: Auf die Inhalte kommt es an

Für die Politiküche aller Art und die zahlreichen medialen Küchenduftdeuter Grund genug, alles Mögliche über eine bevorstehende enge Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS herauszurufen. Klar, daß dieser Dunst (vielleicht Morgennebel?) auch der PDS einiges an Navigation abverlangt. Deren Fraktionsvorsitzende Ursula Fischer will sich allerdings derzeit auf ein Herumstochern im Küchennebel nicht einlassen. Auf dem Landesparteitag vom 2. Dezember äußerte sie sinngemäß: Eine Ablösung der Regierung Vogel wäre schon deshalb nicht möglich, weil SPD und PDS nur eine hauchdünne Mehrheit im Landtag hätten.

Wie dem auch sei. Viele PDS-Mitglieder sind der Meinung, daß vor allem inhaltliche Gemeinsamkeiten notwendig sind, um in konkreten Situationen eine Zusammenarbeit beider Parteien zu ermöglichen. Der Landesparteitag hat dazu auf dem wichtigen Gebiet der Kommunalpolitik substantielle Veränderungen eingefordert. In einem mit großer Mehrheit angenommenen Leit-

Selbst kommunal nur selten Absprachen. Aus Gera ein Bericht von Dieter Hausold.

munalvertretungen größere Rechte einzuräumen. Gefordert werden weiter eine den Anforderungen entsprechende finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden sowie mehr Kompetenzen für Bürgerbeiräte. Dies könnten Themen für ein gemeinsames Vorgehen von SPD und PDS in Thüringen sein. Sie zu verwirklichen, verlangt eine Änderung der Kommunalordnung, was ohne SPD natürlich nicht möglich ist.

Gerade in den Kommunen gibt es viele Berührungspunkte zwischen beiden Parteien. Mancherorts gibt es sogar so etwas wie Koalitionen zwischen ihnen. Insgesamt ist jedoch ein Durchbruch auch auf dieser Ebene nicht abzusehen.

Gera: Kommunale Mehrheit „links von der CDU“, aber ...

In Gera, der zweitgrößten Stadt Thüringens, gibt es rechnerisch eine Mehrheit links der CDU. PDS (14) und SPD (10) stellen die Mehrheit der 46 Stadtratsmitglieder. Dazu kommen noch drei Stadträte von „Bündnis 90 - Die Grünen - Neues Forum“, die kürzlich erst einen Vorstoß der CDU zur Bildung einer ganz großen Koalition gegen die PDS zurückwiesen. Geras Oberbürgermeister ist überdies parteilos.

Bisher wurde aus dieser Konstellation allerdings wenig an Ergebnissen eingefahren. Eine häufig (darunter auch am Thema PDS) zerstrittene SPD-Fraktion war kaum zu sachlicher Zusammenarbeit fähig. Lediglich bei Postenverteilung wurde von ihrer Seite das Gespräch gesucht. So blieb der PDS oft nur der Weg, bei der CDU Mehrheiten für ihre Anträge zu suchen.

Der neuerliche CDU-„Antrag“ auf eine große Koalition führte in der SPD zu er-

neuten Auseinandersetzungen. Bisher scheinen Mehrheiten der CDU jedoch einen Korb geben zu wollen.

Offensichtlich steckt ihnen die Wahlniederlage von 1994 - nach vier Jahren

Beim Haushalt könnte sich die SPD bewegen - aber will sie?

engstem Zusammengehen mit der CDU - noch in den Knochen. Darüber hinaus gibt es jedoch in der Geraer PDS Kräfte, die eine sachliche Zusammenarbeit mit der PDS für richtig und notwendig halten.

Sie müssen jedoch immer wieder gegen das gehegte und gepflegte Argument der PDS-Gegner ankämpfen, nur von der PDS könne man Wähler bekommen, sie sei daher Hauptgegner.

Schon die jetzt beginnende Haushaltsdebatte - Geras PDS strebt eine radikale Kritik des Entwurfs an - wird zeigen, inwieweit es gemeinsame Positionen von PDS und SPD in wichtigen Belangen gibt.

Ein positives Zeichen aus Gera wäre sicher für die Entwicklungen im Land nicht ganz unerheblich.

Die Zeit wird zeigen, ob SPD und PDS den Herd der Thüringer Politiküche wenigstens teilweise gemeinsam befeuern können.

Die PDS dürfte allerdings gut beraten sein, genau darauf zu achten, welche Zutaten in den Topf kommen, in dem sie auf dem Feuer gekocht werden.

Auslöffeln müssen die Suppe nämlich in jedem Fall am Ende die Bürgerinnen und Bürger.

Dieter Hausold ist Mitglied der PDS Gera

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

Geplante Aufhebung des Ladenschlusses – Erste Aktionen in Hamburg

Aus Protest gegen die geplante Aufhebung des Ladenschlußgesetzes bzw. die Verlängerung bis 20 Uhr haben die Betriebsräte zusammen mit der Gewerkschaft HBV am 22.11.95 („Buß- und Bettag“) in den Kaufhäusern in der Hamburger Innenstadt Betriebsversammlungen durchgeführt. Thema waren neben dem Ladenschluß die Kürzung der Sozialleistungen in allen Bereichen und die Streichung von Feiertagen. Die Beschäftigten im Einzelhandel sind einhellig dagegen, den Ladenschluß nach dem langen Donnerstag noch weiter aufzuweichen. Die Belegschaften haben geschlossen an den Versammlungen am 22.11. teilgenommen, so daß die Kaufhäuser an diesem Tag erst zwischen 10.30 und 11 Uhr öffnen konnten. Weitere Aktionen von HBV und DAG sind in den nächsten Wochen geplant. – (res)

Tarifmauer in Berlin bröckelt stetig

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat die Ungleichbehandlung zwischen Ost- und Westbeschäftigten für unwirksam erklärt. Nach Auffassung des BAG verstößt es gegen den arbeitsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz, wenn Mitarbeiter in einer Dienststelle unterschiedlich bezahlt werden.

Unterstützt durch die ÖTV hatte ein Berliner Feuerwehrmann aus der Wache in Berlin-Mitte geklagt. In seiner Dienststelle werden Mitarbeiter nach Westtarif bezahlt, obwohl sie tarifrechtlich unter die Osttarife fallen. Der Grund: sie waren vorübergehend im Westteil der Stadt eingesetzt und erhalten nach ihrer Rückkehr weiter 100%. Das BAG bewertet dies als übertarifliche Leistung, die – aus Gründen der Gleichbehandlung – allen Mitarbeitern einer Dienststelle zustehe.

Insgesamt könnten bis zu 100 000 Beschäftigte von dem Urteil profitieren. Allerdings muß jeder einzelne Betroffene selbst seine Ansprüche geltend machen. Tun dies viele, so können auf den Berliner Haushalt Forderungen in Höhe von 1 bis 2 Milliarden Mark allein für Lohn- und Gehaltsnachzahlungen zukommen. Rechnet man weitere tarifliche Leistungen wie Altersversorgung, Arbeitszeitdifferenzen u. ä. hinzu, so könnte nach Berechnung der ÖTV eine zweistellige Milliardensumme zusammenkommen. Für die ÖTV ist auch klar, daß Berlin dies nicht allein aufbringen kann, zumal Versäumnisse im Einigungsvertrag hierfür verantwortlich zu machen sind. Der (amtierende) Berliner Senat hat beschlossen, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. – (har)

Anrechnung übertariflicher Zulagen bei Druck

Wir dokumentieren aus „Klartext“, Mitgliederzeitung der IG Medien Augsburg, einen Bericht zur Druckerei Kieser in Neusäß, der für die kommenden Tarifausschöpfung – nicht nur bei Druck – interessant ist.

In Kleinbetrieben mag es häufiger vorkommen, daß die Belegschaft nach tariflichen Lohnrunden mit einer Anrechnung der Prozenzsteigerung auf eventuelle Übertarife rechnen muß. Insofern ist die Firma Kieser unter den Großbetrieben (zur Zeit noch 272 Beschäftigte, minus 55 in nur zweieinhalb Jahren, d. Red.) ein absoluter Ausnahmefall. Schon 1994 erfuhr die Belegschaft, daß

sie mit keiner Lohnerhöhung rechnen könne, da man diese auf die Übertarife anrechnen würde. Da zu dieser Zeit ein Personalabbau bevorstand, empfand dies sicher mancher als das geringere Übel. Ob man es heute nach beachtlichen Preiserhöhungen sowie der Einführung der Pflegeversicherung und des Solidaritätszuschlages auch noch so sieht, muß zumindest bezweifelt werden.

Daß man durch Lohnverzicht seinen Arbeitsplatz kaum retten kann, müssen die Beschäftigten von Kieser nun 1995 erfahren. Wegen der Arbeitszeitverkürzung hatte sich die IG Medien zu einer Verschiebung der Lohnerhöhung auf den 1. Juli und auf eine bescheidene Anhebung von 2 % mit den Arbeitgebern verständigt. Kieser beeindruckte dies wiederum nicht, denn in einem Brief dankte er den Mitarbeitern für ihr Verständnis und ihren Beitrag und teilte ihnen mit, daß sie erneut keine Lohnerhöhung bekämen.

Immer weniger Beschäftigte haben demzufolge überhaupt noch eine übertarifliche Bezahlung. Wenn sie aber noch vorhanden ist, dann sind es oft nur Pfennigbeträge oder in ganz wenigen Einzelfällen noch etwas höher (von 0,03 DM bis 4 DM). Von dieser Entwicklung sind auch Angestellte nicht ausgeklammert, denn auch dort liegen die Übertarife derzeit nur noch bei 66 DM monatlich, allerdings in der Spitze bis 2254 DM. Man braucht nicht extra herauszustellen, daß diese Spitzen nur ganz wenige betreffen.

Insofern ist Kieser ein Lehrbeispiel dafür, daß für die Beschäftigten heute der tarifliche Mindestlohn eine immer größere Bedeutung bekommt.

(gekürzt aus Klartext 2/95, Nov. 1995)

Moto Meter Leonberg: Widerstand und Solidarität

Am Freitag, den 24.11.1995, hatten Bosch-Firmenvertreter die Belegschaft von Moto Meter in Leonberg auf der Betriebsversammlung informiert, daß der ganze Standort geschlossen wird. Am Tag davor hatte der Vorstand der Robert Bosch GmbH die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat von der beabsichtigten Schließung informiert.

Der Schock sitzt tief. Aber der Widerstand formiert sich. Am 28.11.1995 demonstrierte die Belegschaft in Leonberg gegen den Kahlschlag und am 6. Dezember 1995 wurde der Protest mit Unterstützung anderer Belegschaften vor den Sitz der Geschäftsführung auf der Schillerhöhe bei Gerlingen getragen. Leonberg ist bei weitem kein Einzelfall. Werkschließungen im näheren Umkreis haben sich gehäuft. Seit 1992 hat Bosch in den alten Bundesländern rund 30 000 Arbeitsplätze abgebaut. Die Belegschaft von Moto Meter kann gewiß sein, daß sie Unterstützung von Belegschaften und Betriebsräten anderer Werke erfährt.

So erklärte der Betriebsrat und die Vertrauensleute von Bosch Feuerbach: „Verlagerungen dürfen nicht einseitig nach Kostengesichtspunkten beschlossen werden. Ist es etwa sinnvoll, wenn rund 400 Beschäftigte zukünftig täglich 40 bis 60 Kilometer zum neuen Arbeitsplatz fahren müssen und im Stau stehen? Ist es sinnvoll, wenn zweistellige Millionenbeträge als Abfindung gezahlt werden, wenn man damit wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Leonberg selber sichern könnte? (...) Der Konkurrenz der Standorte müssen wir die Solidarität der Beschäftigten entgegenstellen. Ihr habt unsere Unterstützung und Hilfe!“ – (Kommunale Berichte Stuttgart)

Mit den Gewinnen „atmen“? Kriterien für „Erfolg“ bei Prämienzahlungen

Über zwei Jahre schleppen sich nun schon die Verhandlungen des Gesamtbetriebsrates (GBR) der Jungheinrich AG zur „Mitarbeitererfolgsprämie“ hin. Eine Mitarbeitererfolgsprämie, kurz MEP genannt, ist eine übertarifliche und freiwillige Leistung des Unternehmers. Solange er bereit ist, solcherlei Zahlungen an die Belegschaft auszusütten, dürfen gemäß Betriebsverfassungsgesetz die Betriebsräte an ihrer Ausgestaltung mitwirken.

Wenn nun ein Unternehmen freiwillig bereit ist, solche Zahlungen zu leisten, verfolgt es – bei aller Uneigennützigkeit, die wir dabei immer gerne unterstellen – bestimmte Ziele. Durch „Teilhabe“ der Belegschaft am „Erfolg“ und damit auch am Mißerfolg des Unternehmens, verspricht sich die Unternehmensführung Identifikation der Belegschaft mit der Firma.

Damit sind wir aber bereits bei einem der großen Streitpunkte in den MEP-Verhandlungen. Was soll als „Erfolg“, an dem „wir“, die Belegschaft, Anteil haben sollen, gelten? Ist es „Erfolg“ im Sinne der MEP wenn die Belegschaft, um hohe Stückzahlen zu fertigen, um im Vertrieb und Service viele Aufträge abzuwickeln, in zahllosen Überstunden im Laufe des Geschäftsjahres ins Schwitzen geraten ist – oder gilt das alles nichts, solange nicht die Fahrzeuge auch auf dem Markt im In- und Ausland gewinnbringend verkauft worden sind und sich damit die Ziele der Kapitaleigner realisiert haben, indem sie ordentlich Profit einstreichen?

Der Jungheinrich-Vorstand will die MEP an diese Art Unternehmenserfolg anbinden. Das Auf und Ab des realisierten Gewinnes, dieses „Atmen“ des Unternehmens, um uns einmal der neuen Managementsprache zu bedienen, sollen die KollegInnen in ihrem Geldbeutel anhand der MEP-Zahlungen verspüren.

Müssen die Betriebsräte in den Verhandlungen auf solche Positionen eingehen, läßt sich aber auch hierüber trefflich streiten: Denn was soll Kennzahl und Maßgröße des so beschriebenen Erfolges eines Unternehmens sein? Der in der Bilanz veröffentlichte Jahresüberschuß? Der Cash-Flow oder der Rohertrag, etwa die Dividendenzahlung an die Aktionäre oder das betriebswirtschaftlich ermittelte „Betriebsergebnis“?

Warum ist das überhaupt wichtig? Könnte man nicht gerade so den Preis der Vorstandskarossen durch die Anzahl ihrer Pferdestärken teilen, um zu einer MEP-Berechnungsformel zu gelangen? Das ist richtig und zugleich falsch. Denn wenn vom „Erfolg“ eines Unternehmens gesprochen werden soll, gibt's schon sehr reale Fakten. Je nach Interessenlage kann dieser Erfolg herausgestellt oder, denken wir nur an steuerliche Gründe, versteckt werden. Und dementsprechend schwankt, „atmet“ die so definierte Kenngröße.

Die Dividendenzahlungen an Kapitalgeber und Aktionäre zeigen an, daß es sehr wohl etwas zu verteilen gibt. Was spricht dann dagegen, daß entsprechend dieser Zahlung die Belegschaft ihrerseits Geld bekommt?

Der Cash-Flow ist eine aus bilanziellen Werten gebildete Größe. Sie sagt etwas aus über die Ertragskraft des Unternehmens. An ihr ist erkennbar, welche Gelder für Investitionen oder auch für andere Vorhaben dem Unternehmer zur Verfügung stehen; also auch zur Ausschüttung an die, die diese „Ertragskraft“ erarbeitet haben.

Der Rohertrag wiederum, abzuleiten aus der Gewinn- und Verlustrechnung, zeigt an, welche Werte überhaupt im Laufe des Geschäftsjahres im Unternehmen geschaffen und auf dem Markt realisiert wurden. Eigentlich keine schlechte Grundlage für eine MEP-Zahlung.

Jungheinrich will aber das betriebswirtschaftliche Betriebsergebnis als Grundlage. Man läge damit am nächsten dem „operativen Geschehen“ im Unternehmen. Alle geschäftlichen Ereignisse würden in dieser Kenngröße unmittelbar zu Buche schlagen. Das Management steuere nach den Kenngrößen des Betriebsergebnisses den Konzern und alle Einheiten. Bedenken der Betriebsräte, daß hierbei sogenannte kalkulatorische Kosten angesetzt werden, denen keine Aufwendungen, sprich reale Zahlungen entsprechen, läßt man da nicht gelten. Auch nicht, daß durch diese kalkulatorischen Kosten das Betriebsergebnis den wilden Schwankungen unterworfen ist und sich selbst in Aufschwungsphasen im Minusbereich bewegen kann, so daß es – aufs Betriebsergebnis bezogen – dann tatsächlich nichts zu verteilen gäbe.

Worauf sich also als Berechnungsgrundlage beziehen? Wir haben nachgerechnet. Dabei stellt sich sofort heraus, daß das Vorstandsmodell an fast allen Punkten erheblich schlechter ist als die bisherige MEP-Betriebsvereinbarung. Nur im konjunkturellen Krisenjahr 1993 entsprechen sich beide Modelle, weil sie auf die Mindestzahlung der Garantieprämie von 8% vom persönlichen Bruttomonatseinkommen herunterfallen. Weder in dem absoluten Boom-Jahr 1991 noch in den Aufschwungsjahren 1994 und 1995 kommt es nach dem Vorstandsmodell auch nur annähernd zur MEP-Zahlung, die mit der alten Regelung vergleichbar sind. Über den gesamten Zyklus von 1991 bis 1995 aufsummiert wäre das vom Vorstand vorgelegte MEP-Modell um ca. 40% schlechter!

Motivation? Bindung ans Unternehmen? Ideologisch verbrämte Lohnsenkung? Auf Seiten der KollegInnen bis jetzt nur lang und längere Gesichter!

Aber auch dafür haben die Ideologen der Kapitalseite eine plausible Erklärung. Die oben erwähnte Garantieprämie – 8% vom persönlichen Bruttomonatseinkommen, sie dämpft in Krisenjahren den totalen Absturz ins Atemlose – „...verhindert, daß sich die Belegschaft in schlechten Zeiten auch über kleinere Beträge freut...“

Bei solch einer Aussage in ihrer pikanten Logik mag manchem Kollegen die Luft weg bleiben. Dennoch: Diese Garantieprämie ist für den Gesamtbetriebsrat erklärmaßen nicht verhandelbar. Vielmehr fordert der GBR, daß eine neue MEP-Betriebsvereinbarung, sie mag „atmen“ wie sie will, über den Konjunkturzyklus betrachtet, am Ende zu einer mindestens gleichwertigen Zahlung an die Belegschaft führen muß.

Zwischenzeitlich haben die KollegInnen nicht die Hände in den Schoß gelegt, sondern ihrerseits etwas für die Motivation des Jungheinrich-Vorstandes getan. Mit Unterschriften und Flugblattaktionen haben sie sich im Jahr 1994 330 DM und für 1995 250 DM für alle gleich als zusätzliche Einmalzahlung erstritten. An diesem Erfolg war nun wiederum der Vorstand in ganz klassischer Weise beteiligt: Durch das Auszahlen der Prämie. Karl-Helmut Lechner

Äußerst differenzierte Interessenslage vor Beginn der Tarifrunde Chemie

IG Chemie als Tarifführer '96 BASF als Pilotbetrieb?

Die IG Chemie wird nächstes Jahr bundesweit die „Duftmarke“ für Tarifierhöhungen setzen. Erstmals kann sie nicht im Schlepptau der Metaller segeln, weil die IG Metall 1995 eine zweijährige Laufzeit vereinbarte. Die Chemietarife laufen vor denen aller anderen großen Gewerkschaften aus. Die gewerkschaftspolitische Verantwortung ist also groß.

Rheinland-Pfalz wurde zum Pilotbezirk erkoren; das heißt, die Tarifrunde wird im wesentlichen in Ludwigshafen, der bundesweit größten Verwaltungsstelle der IG Chemie, am Standort der BASF AG (44000 Beschäftigte) geprägt und entschieden.

Offiziellen Auftaktveranstaltung der Tarifausschusssetzung 1996 war die Versammlung von über 540 Vertrauensleuten der Verwaltungsstelle Ludwigshafen am 28.11.1995 in Ludwigshafen-Opau. Wenige Tage zuvor veröffentlichte der Hauptvorstand der IGCPK seine Forderungsempfehlung von 5,5 bis 6 Prozent bei einer zwölfmonatigen Laufzeit. In der Presse wurde sie so gleich zur eigentlichen Tarifforderung hochstilisiert. Dabei ist sie an der Basis sehr umstritten.

Die IG-Chemie-Führung wollte sich nicht nachsagen lassen, sie hätte wieder mal über die Köpfe der Leute ihre Forderungsvision in die Welt gesetzt. Vor dem Empfehlungsbeschluß nahm Terbrack (Tarifverantwortlicher des Hauptvorstands) an verschiedenen Versammlungen von Vertrauensleuten, VL-Leitungen, Betriebsräten etc. teil. Die Tarifforderung für 1996 ist in Ludwigshafen deshalb schon seit einigen Wochen Gegenstand heftiger und gegensätzlicher Diskussionen.

Daß Ludwigshafen Hauptschauplatz der Tarifausschusssetzung sein wird, ist für Gewerkschaft wie Unternehmerlager problematisch. Die BASF hat in den letzten fünf Jahren ca. 10500 Leute allein in Ludwigshafen „abgebaut“, die Produktivität enorm erhöht und fährt Riesengewinne ein. Bis zum dritten Quartal 1995 steigerte sie ihre Erträge in LU um 135 Prozent auf 1,71 Mrd DM, weltweit um 156%. Die BASFler, vor allem im gewerblichen und Handwerkerbereich, sehen deshalb Grund für eine kräftige Tarifierhöhung; bis zu zweistellige Forderungen werden genannt. Die IG-Chemie-Hauptamtlichen in Ludwigshafen sind angesichts der hohen Erwartungshaltung sichtlich erschreckt und sind in letzter Zeit auf den BASF-Betriebsteilversammlungen mit großer Beredsamkeit bemüht, zu dämpfen.

„Gespaltene“ Konjunktur drückt auf Forderung

Hauptargument ist dabei die gespaltene Konjunktur: glänzende Geschäfte in der Großchemie, trübe Aussichten hingegen in den Mittelbetrieben (der Betriebsrat von Grünzweig und Hartmann wies auf Ausnahmen hin), wo die Mehrzahl der Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze bangen und für „Leisetreten“ plädierten. Bei BASFlern wird dann schon mal das Wort „Haustarif“ in den Mund genommen, was Terbrack zu vehementen Plädoyers für den Flächentarifvertrag veranlaßt. In Opau geht er dann so weit, den BASF-Vertrauensleuten zu empfehlen, sich ihren Anteil an den Spitzengewinnen durch innerbetriebliche, also tariflich nicht abgesicherte, Zulagen zu holen.

Andererseits gibt es nach Berichten auch bei der BASF Betriebsteile, wo Arbeiter und Arbeiterinnen in den untersten Entgeltgruppen beschäftigt sind und Auslagerung befürchten. Auch dort werde geglaubt, den Arbeitsplatz durch Lohnzurückhaltung sichern zu können.

Im Gegensatz dazu stehen vereinzelte Vorstellungen nach einer stärkeren Anhebung der unteren Lohngruppen mit einer Sockel- und Prozentforderung. Das wird meist mit dem Hinweis auf das derzeit unkündbare Entgeltgitter, das die Abstände zwischen den einzelnen Lohngruppen fixiert, quitiert. „Noch nie war die Interessenslage so unterschiedlich“, stellte der Bezirksleiter von Rheinland-Pfalz fest.

Zurückhaltung sei geboten, denn die Faserindustrie drohe aus dem Chemievertrag auszubrechen und zu Textil zu wechseln; in der Gummi- und Reifenindustrie sei wieder die Sieben-Tage-Woche eingeführt worden, die Kunststoffindustrie stehe schlecht da. So versucht Terbrack in seinem Eingangsstatement in Opau, den Vertrauensleuten die Vorstandsempfehlung, bei der er mehr zu den sechs Prozent tendiere, nahezubringen.

Tarifliche Arbeitsmarktpolitik ...

Als besonders hilfreich werden von der IG Chemie die Argumente etlicher besser verdienenden Angestellten betrachtet, die vor allem Ausbildungsplätze oder Neueinstellungen für ihre Söhne und Töchter, die demnächst das Studium abschließen, garantiert sehen möchten. Geld spielt da eine untergeordnete Rolle.

Unter großem Beifall wird in derselben Versammlung der gewerkschaftliche Grundsatz, „Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze“ postuliert, um ihn im nächsten Moment wieder krachend umzustoßen.

Auf wirtschaftliche Daten von Seiten des IG-Chemie-Vorstandsvertreters zur Begründung der Prozenzhöhe wartet man am 28.11. vergeblich. Die Preissteigerungsrate und Produktivitätsentwicklung sei darin berücksichtigt, statt umverteilt sollen Arbeitsplätze gesichert werden.

Ein Vertrauensmann erklärt demgegenüber die Forderungsempfehlung für „nicht akzeptabel“, denn 1994 sei in der chemischen Industrie die Produktivität um 11,7%, gestiegen, die Lohnstückkosten um 8,7% gesunken und der Umsatz je Beschäftigten habe sich um 11,5% erhöht. Der Arbeitsdruck ist groß. Freischichten können oft nicht mehr genommen werden. Nicht nur Krümel, sondern ein ordentliches Stück vom Kuchen fordert ein anderer, nämlich 8%. Solche Beiträge erhalten deutlich am meisten Beifall.

Der Vorstand der BASF-Vertrauensleuteleitung (VLL) unterstützt die Empfehlung auch nur verhalten: Ein halber Prozentpunkt mehr hätte es ruhig sein können. Die Beschäftigungssicherung dürfe jedoch nicht auf Kosten des Geldbetrags gehen. Das Ziel müsse ein „vernünftiger Abschluß plus Einstellungen“ sein, alle Befristeten sollten sofort übernommen werden. Ende 1994 gab es in der BASF AG 700 Beschäftigte mit befristeten Verträgen, Mitte 1995 waren es bereits 1200.

Auch diese Vorstellungen gehen über die Vorstandsempfehlung hinaus. Dort werden nicht Einstellungen, sondern le-

diglich der Stopp des Arbeitsplatzabbaus als zweiten Eckpunkt für die Tarifausschusssetzung 1996 genannt. Hier bahnt sich erneut Bedrohliches an. „In den Tarifverhandlungen 1996 muß das arbeitsmarktpolitische Ziel der Beschäftigungsförderung konkretisiert und fortgeschrieben werden“, heißt es in dem Vorstandspapier und: „wir bekennen uns zu Neueinstellungen auch durch befristete Einstellungen, wenn dadurch Mehrarbeit reduziert werden kann.“ Ganz vom Geschäftsverlauf determiniert, fordert die IGCPK die Umwandlung befristeter in unbefristete Verträge, wenn die Auftragslage sich verbessert hat.

Erstmals vereinbarte die IG Chemie Anfang 1994 Öffnungsklauseln mit abgesenkten Einstiegsgehältern für sogenannte Langzeitarbeitslose und bei Neueinstellungen, d.h. auch bei der Übernahme der Azubis – nahezu wirkungslos, gestand sie Ende 1994 ein. Angeblich sei diese „Ausbildungsplatzinitiative“ für 1995 schließlich erfolgreich gewesen und habe bundesweit 12% neue Ausbildungsplätze gebracht. Daß die Übernahmen der Azubis zu den abgesenkten Tarifen oft berufsfremd und in Teilzeit geschah, wird geflissentlich unterschlagen, aus der Versammlung aber sehr wohl angemerkt.

Hochwillkommen ist dem IG-Chemie-Hauptvorstand offenbar Zwickels arbeitsmarktpolitische Initiative, um den linken Motzern im eigenen Lager, bei denen die IG Metall immer als die „bessere“ Gewerkschaft gilt, das Maul zu stopfen. Er freut sich, daß die Führung der IG Metall „unseren Weg“ zur Beschäftigungssicherung beschreitet, daß „alle, die uns scheel anguckten, auf den Zug aufgesprungen sind“. Zu befürchten ist, daß dies als Freibrief für weitere Öffnungsklauseln herhalten wird.

Ausdrücklich aber betont demgegenüber der Vertreter der BASF-VLL, daß ein solches „Bündnis für Arbeit“ für 1996 abgelehnt werde. Schließlich sei ein partnerschaftliches Verhalten von Seiten der Unternehmer und Politik überhaupt nicht erkennbar, und ein „einseitiger Verzicht“ komme nicht in

Frage. Etliche Redner trauen der Beschäftigungskomponente nicht; sie verlangen Regelungen, bei denen „nachweislich“ mehr Arbeitsplätze rauskommen, die Beschäftigungssicherung müsse verbindlich, meßbar und abrechenbar sein und nicht nur leere Versprechungen beinhalten.

Komplizierte und harte Entgeltausschusssetzung

Die Auseinandersetzung wird kompliziert und hart werden, weil „es keine einheitliche Meinung unter den Mitgliedern gibt“ (Terbrack). Auf die Forderungsempfehlung reagierte der Bundesarbeitsgeberverband Chemie mit einer Pressekonferenz, in der er erklärte, er werde einen Abschluß unter drei Prozent anpeilen und der Personalabbau werde 1996 fortgesetzt. Dies machte Strukturprobleme und „hohe Arbeitskosten“ notwendig. Der Tarifabschluß solle „niedrig“ sein, um Chancen für eine Beschäftigungssicherung zu bieten, „allerdings ohne Verpflichtung“ (Mannheimer Morgen, 29.11.95).

Als das Wort „Streik“ vom IGCPK-Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Ludwigshafen in der Versammlung tatsächlich mal ausgesprochen wird, kommt sogleich der Zuruf, dann müsse die Forderung aber auch hoch genug sein.

Sollte es zum Streik kommen, wäre dies in der deutschen Großchemie das erste seit Kriegsende. Die Wahrscheinlichkeit, daß die IG Chemie die tatsächlich wagt und nicht in den Fallstricken der Standortkonkurrenzzargumente hängenbleibt, und die Mitglieder zu mobilisieren vermag, ist eher gering. Allerdings: sollte es überhaupt irgendwo so weit kommen, dann wahrscheinlich nur in Ludwigshafen. Im Vergleich mit den beiden anderen Chemieriesengiganten Bayer und Hoechst ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei der BASF weitaus am höchsten (über 60%).

Ende Januar 1996 beschließen die Tarifkommissionen über die Forderung. Die erste Verhandlung ist auf 28. Februar 1996 terminiert. (ede)

ÖTV-Tarifkommission lehnt ab

Kritik am Verhandlungsergebnis zum Manteltarifvertrag

In der Tarifrunde 1995 hatte sich die ÖTV wieder auf ein Arbeitgeberangebot mit Haken eingelassen. Die 3,2% Lohn-erhöhung boten die Arbeitgeber u.a. für Verschlechterungen im Bereich des Manteltarifvertrages an, die zur Zeit verhandelt werden.

Während ihrer Klausurtagung in der letzten Woche sollte die Große Tarifkommission den Verhandlungsstand wie üblich diskutieren, billigen und dem Geschäftsführenden Hauptvorstand (gHV) zur Annahme empfehlen. Doch diesmal kam es anders. Die zur Klausur angereisten Mitglieder der Mantel-Verhandlungskommission stimmten mit 11 gegen 8 Stimmen für Nichtannahme der Ergebnisse.

Aus der Tagesordnung der Klausur wurden zwei Stunden freigemacht für die Beratung in der Großen Tarifkommission, und die kritischen Beiträge veranlaßten den gHV nach peinlichen Reden über die politische Verpflichtung gegenüber den Arbeitgebern, die Ab-

stimmung hinauszuzögern. Ein in letzter Minute gestellter Antrag, nicht ab zustimmen, sondern die kritisierten Punkte nachzuverhandeln und die Zeit für die Mitglieder Diskussion zu nutzen wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Jahrelang kritisierten viele Mitglieder den Schacher „Gibst du ein Stück Manteltarif auf, geb' ich Dir Prozente“, der die Solidarität gefährlich untergräbt. Die verantwortlichen FunktionärInnen in der Großen Tarifkommission zogen jetzt die Notbremse. Auch wenn noch unklar ist, wie man aus der Klemme wieder herauskommen kann, war schon diese Diskussion ein Lichtblick.

Inhalt der Manteltarifvertragsverhandlungen sind: Jahresarbeitszeit, befristete Arbeitsverträge, Sonderurlaub für Pflege, vorzeitige Höherstufungen, Arbeitszeitverkürzung statt Entlassung und einheitlicher Tarifvertrag Arbeiter bei Bund und Ländern.

(Nach Lokalberichte Hamburg)

Kein Ruck nach links, aber ein Ruck nach vorn

Juso-Bundesvorstand und -ausschuß werten den Mannheimer Parteitag aus

Am Wochenende nach dem Parteitag rufen sich Juso-Bundesvorstand BuVo und Juso-Bundesausschuß (BA) eine Auswertung des Mannheimer Parteitages. Zentrale Themen der Auswertung waren die Wahl Oskar Lafontaines zum neuen Fraktionsvorsitzenden, die Rolle der Jusos auf dem Parteitag und eine vorläufige Auswertung der Beschlüsse.

Zur Wahl Oskar Lafontaines bestand Einigkeit in der Einschätzung, daß hier ein Zeichen mit großem Mobilisierungspotential zu sehen ist, die von Teilen der Presse hartnäckig verbreiteten Putschgerüchte werden übrigens für absurd gehalten. Unterschiedlich wurde allerdings die inhaltliche Tragfähigkeit des Wechsels an der Parteispitze beurteilt.

Eine genauere Betrachtung der von den Parteitagsdelegierten frenetisch gefeierten Oskar-Rede ergab, daß diese anders als von vielen Delegierten aufgefaßt - in keinem Widerspruch zu dem von Oskar vorgelegten und von Jusos und Parteilinken kritisierten Wirtschaftsplan „Arbeitsplätze für Deutschland“ steht. Dies ist allerdings angesichts der in diesem Antrag angelegten Unschärfen in den Bereichen ökologischer Umbau, Energiepolitik und aktive Arbeitsmarktpolitik keine Kunst. Unterstrichen konkret waren einzig die Ablehnung von Bundeswehrkampfeinsätzen und damit auch des Einsetzens des ECR-Tornados in Bosnien. Immerhin - eine Klarheit, die wir schon gar nicht mehr von der Parteispitze gewohnt waren.

Allerdings wurde später, nach Oskars Wahl und offensichtlich in Rücksprache mit Scharping, die entsprechende Passage im Bosnien-Antrag durch Hinzunahme einer Bosnien-Einsatz-Zustimmungsaufforderung an die Bundestagsaktion die klare Position wieder durch Einbau von Hintertüren verwässert.

Positiv wurde bewertet, daß Oskar bereit ist, Begriffe wie „Linke Volkspartei“ und „Solarer Umbau“ offensiv zu besetzen. Selbstverständlich steht damit die Frage im Raum, inwieweit der offensiven Besetzung von Begriffen auch konkrete Programme und später (in der Bundesregierung) Taten folgen werden. Nach Auffassung eines nicht geringen Teils des Bundesverbandes - quer durch alle Strömungen, Spektren und Fraktionen - ist hier große Skepsis angebracht.

Zufrieden äußerten sich viele BuVo- und BA-Mitglieder über die vor und auf diesem Parteitag feststellbare verbesserte Präsenz der Jusos in den Medien innerhalb der Partei. Von vielen Partitagsdelegierten wurden die Jusos als konstruktiv-provokative Kraft wahrgenommen. Dies war wohl auch der lähmenden Langeweile, mit der der Parteitag begann und gegen die die Jusos von Anfang an Front machten, zu verdanken.

Äußerst kritisch wurde von BuVo- und BA-Mitgliedern der unschöne Zwischenfall beim Verteilen von Faltblättern zum Thema Umlagefinanzierung urteilt. BuVo-Mitglieder, die das Faltblatt, auf dem ein Revolver mit dem Aufsatz „Wer nicht ausbildet, wird umgelegt“ abgebildet ist, verteilt haben, wurden von hohen PV-Mitarbeitern im Parteibüro festgesetzt und bestraft. Über Geschmäckel läßt sich in der trefflich streiten, doch wurde hier nur der Grundsatz von der Vernünftigkeit der Mittel verletzt. BuVo und BA hielten daher noch einmal

in Resolutionsform fest, was für Jusos selbstverständlich ist:

Wir lassen uns das Verteilen unserer Materialien nicht verbieten!

Wer nun dachte, daß sich das Comeback der Jusos auch auf Anhieb in einer entsprechenden Berücksichtigung bei den Wahlen zum Parteivorstand (PV) in politische Münze verwandeln können, sah sich auf dem Parteitag getäuscht. Nur die beiden, über eine eindeutige Unterstützung durch ihre jeweiligen NRW-Bezirke abgesicherten KandidatInnen Kerstin Giese (Niederrhein) und Benny Mikfeld (Westf. Westfalen) schafften den Sprung in den PV - und dies (im Gegensatz zu vielen „Promis“, allen voran Gerhard Schröder) im ersten Wahlgang.

Dafür gab es beim BA noch einmal Glückwünsche und Blumen. Die andere Juso-Kandidaten sackten im zweiten Wahlgang - sofern sie noch angetreten sind - in ihrem Ergebnis um knappe 100 Stimmen ein. Dies war die Folge einer Absprache zur Rettung von SPD-Bezirks- und Landesfürsten entlang der Achse Sachsen-Niedersachsen-NRW. Kritische Stimmen wollten dies allerdings nicht als einzigen Grund für das

gar dritter Klasse. Schade eigentlich - mindestens drei Juso-Anträge, nämlich der Antrag zur Umlagefinanzierung, „Sozialer Umbau jetzt!“ und „Frauen wollen die Hälfte der Zukunft“ hätten gut dazu beitragen können, den beschlossenen Wirtschaftsplan zu konkretisieren.

Nun aber hat der Parteitag beschlossen, womit auch die Konservativen gut leben können:

- Ausbildungsplätze für Jugendliche sollen durch staatliche Lohnkostenzuschüsse geschaffen werden, und die Energiepolitik muß jetzt eine Brücke ins Solarzeitalter bauen - wahrscheinlich aus Stein- und Braunkohle.

- Weitere Anträge wurden noch zu den Themen Europa, Aufbau Ost, Blauhelmeinsätze, Reform von Staat und Verwaltung, Justizreform, zur Situation der Partei und zur Integrationspolitik beschlossen.

Nach allem Hin und Her im Vorfeld des Parteitages ist der Beschluß „Leitlinie für eine moderne Integrationspolitik“ übrigens nach Meinung der zuständigen BuVo- und BA-Mitglieder erstaunlich progressiv geraten. Hierin wird z.B. die Ermöglichung der doppelten



für die Jusos zwiespältige Ergebnis der PV-Wahlen gelten lassen. Sie verwiesen auf die Problematik einer Strategie, in der bloße Jugendlichkeit schon zur politischen Dimension stilisiert wird. Dies würde dann wunderbar mit dem Versuch korrespondieren, Parteigremien durch die Hinzunahme von jungen Menschen mit etwas mehr „Poppigkeit“ aufzuladen, ohne aber dabei politisch-inhaltliche Veränderungen hinzunehmen.

In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, daß seitens Jusos in Zukunft die Wiederwahlansprüche von alt-PV-Mitgliedern ohne Rücksichten zu hinterfragen sind.

Dies wird natürlich vor dem Hintergrund der inhaltlichen Arbeit im PV geschehen. Um so mehr, als daß der Mannheimer Parteitag auch von seinem inhaltlichen Output her historische Dimensionen erreichte: So mager war's wohl lange nicht mehr. An den Jusos hat es nicht gelegen, den Schrecken von Gera noch in den Knochen, haben sie auf dem Bundeskongreß in Bad Godesberg eine Reihe von Anträgen für den Mannheimer Parteitag beschlossen. Damit waren die Jusos die mit den meisten Anträgen auf dem Bundesparteitag vertretene Gliederung. Leider war die Antragskommission unter Vorsitz von Oskar Lafontaine nicht von der inhaltlichen Qualität der Juso-Anträge zu überzeugen. Mit Ausnahme eines Antrages zur Müllverbrennung empfahl sie bei allen Juso-Anträgen die „Weiterleitung“, sprich: Beerdigung zweiter oder

Staatsbürgerschaft, die Anerkennung eines Bleiberechts für Folteropfer, vergewaltigte Frauen, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, die Durchsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, der Schutz von Asylbewerbern vor „Kettenabschiebungen“ und die Umsetzung des gesetzlich verankerten Aufenthaltsrechts für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge gefordert. Auch ein Zuwanderungsgesetz ist im Forderungskatalog enthalten. Ein Haken dieses Beschlusses ist die kritiklose Hinnahme der völkerrechtswidrigen „Drittstaatenregelung“.

Zusammenfassend kann wohl gesagt werden, daß dieser Parteitag auch aus Juso-Sicht ein historischer war. Es ist lange her, daß Jusos sich auf einem Bundesparteitag personalpolitisch wenigstens teilweise durchsetzen konnten. Nun kommt es darauf an, daß BuVo und gewählte PV-Jusos gemeinsam im PV eine gute inhaltliche Politik auf die Gleise setzen, um damit den Grundstein zu legen für eine programmatische und personelle Erneuerung der Partei. Beides hat sie dringend nötig. Ein Genosse brachte dies bei der BuVo-Sitzung folgenderweise auf den Punkt:

„Vor dem Parteitag war die Partei orientierungslos und langweilig, jetzt ist die Langeweile weg ...“

Stephan Gröger,
stellv. Juso-Bundesvorsitzender

(Aus: AB-Rundschreiben Jusos, Nr. 10 Dezember/Januar 1995/96)

Problematische tschechische Linke 1996: Wahlen in Tschechien

Der Zustand der tschechischen linken Szene ist sehr kompliziert. Obwohl alle linken Parteien die objektive Notwendigkeit der Zusammenarbeit von der Ortsebene bis zum Parlament verbal anerkennen, gibt es keine reale Zusammenarbeit mit Ausnahme mancher örtlicher Aktivitäten. Es dominiert die subjektive Überzeugung, daß nur die jeweilige Partei die „authentische Linke“ darstellt und daß andere Parteien sich an ihre Plattform annähern sollten. Als eine Ergänzungserscheinung, die die Zersplitterung der linken tschechischen Szene illustriert, kann man verschiedene Beschimpfungen und banale Streitereien nennen. Für die Sozialdemokraten, obwohl auch sie sich zur Linken rechnen, sind alle Parteien links von ihr „Linksextremisten“.

Die größte tschechische linke Partei ist die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KPBM), die 1990 aus der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) entstanden ist (diese Partei hatte bis November 1989 1 700 000 Mitglieder!). Ziel der KPBM ist offiziell die „demokratische selbstverwaltete sozialistische Gesellschaft, also die grundsätzliche Systemveränderung“. Die KPBM tritt auch ein für „Sozialismus ohne die Fehler der Vergangenheit“. Derzeit hat die KPBM ca. 120 000 Mitglieder, und ihr Altersdurchschnitt beträgt über 60 Jahre.

Für die Parlamentswahlen 1992 wurde in der Tschechischen Republik die linke Koalition „Linker Block“ gegründet. Die Hauptkraft im Linken Block war die KPBM, und ihr Partner war die kleine Partei „Demokratische Linke“. Innerparteiliche Streitereien haben dazu geführt, daß 1993 manche Parlamentsabgeordnete die Partei „Linker Block“ gegründet haben, dessen Mitglieder zugleich in der KPBM waren; laut verschiedenen Erklärungen haben sie sich um die Veränderung der KPBM in eine „moderne linke Partei“ bemüht.

Der Begriff der „modernen linken Partei“ war und ist Gegenstand verschiedener Diskussionen. Im Januar 1994 hat sich die KPBM-Leitung vom Linken Block distanziert, und seine Vertreter haben ihre Parteifunktionen in der KPBM verloren. Auch die Parlamentsgruppe hat sich gespalten (in KPBM und Linker Block). Der Linke Block hat heute ca. 3 000 Mitglieder, und einer seiner Programmpunkte ist, als ein Verbindungsglied zwischen linken Kräften zu wirken.

Im Jahr 1993 hat sich von der KPBM noch eine Gruppe abgetrennt, die dann die Partei der Demokratischen Linken (PDL) gegründet hat, und zwar ebenfalls mit den Ambitionen, eine „moderne linke Partei“ zu sein. Derzeit ist diese Partei in der Krise, und viele ihrer Mitglieder gehen zum Linken Block über.

Die vierte linke Partei, die aus der KPBM entstanden ist, ist die Partei der tschechoslowakischen Kommunisten (PTschK). Sie wurde im März 1995 gegründet, und ihr Generalsekretär ist Miroslav Stepan, der ehemalige KPTsch-Sekretär in Prag, der nach dem November 1989 verhaftet worden war. Die Partei „lehnt die programmatische Erfolglosigkeit, Prinzipienlosigkeit, Unfruchtbarkeit und innere Leere der heutigen KPBM-Leitung ab“.

Ziel der PTschK ist der „Sozialismus als erneuernde Chance und einzige Alternative“.

(e.h., Pilsen)

Wie antikapitalistisch kann die PDS sein?

PDS-Basiskonferenz am 2./3. Dezember 1995 in Berlin

Von Brigitte Zuber

Einhundertdreißig bis 150 Personen nahmen an der zweitägigen Konferenz teil, die von Genossen der PDS in Hannover initiiert und bald von vielen verschiedenen PDS-Gliederungen unterstützt worden war. Gekommen sind auch Genossinnen und Genossen von der DKP, vom BWK, vom Marxistischen Zirkel Hamburg und von der KAZ sowie Autoren und Herausgeber der Weißen-seer Blätter, Verkäufer der Zeitung „Junge Welt“, verschiedene Verlage usw. Gut die Hälfte stammte aus den Westbundesländern, ein Drittel war unter 30. Das Programm war dicht gedrängt. Kaum vorstellbar für mich anfangs, daß aus den Themenkomplexen Kommunalarbeit, Krieg und Frieden, Arbeit und Soziales und innerparteiliche Demokratie klare Arbeitsergebnisse rauskommen könnten für einen so unterschiedlich zusammengesetzten Teilnehmerkreis. Um so positiver überrascht wurde ich durch den Verlauf der Konferenz. Da die Reden, Diskussionsbeiträge und Ergebnisse im Januar in einem Reader veröffentlicht werden sollen (Bestelladresse: Frank Flegel, Berckhusenstr. 13, 30625 Hannover), kann ich mich hier beschränken auf einige Eindrücke.

„Wir wollen, daß diese Partei in ihrer Vielfalt und Widersprüchlichkeit erhalten bleibt.“

Hauptzweck der Konferenz war die Vorbereitung der zweiten Tagung des 4. Parteitags der PDS (Januar 1996). Die Initiatoren hatten wie viele andere aus dem Verlauf der ersten Tagung den Schluß gezogen, daß man sich um den sozialistischen Charakter der PDS sorgen muß. Sie sehen den Anspruch der PDS, eine Partei „für die Linke“ in Ost und West zu sein, nur erfüllbar, wenn unter all den Kräften, die die PDS als antimperialistische und konsequent antimilitaristische Kraft erhalten und stärken wollen, Verbindungen geschaffen und stabilisiert werden. Michael Benjamin von der Kommunistischen Plattform der PDS erhielt großen Beifall für seine Stellungnahme: „Die 2. Tagung des 4. Parteitages findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem die PDS vor grundsätzliche Entscheidungen gestellt wird. Das Berliner Wahlergebnis hat bestätigt, was sich bei den Bundestagswahlen bereits zeigte: Die PDS hat trotz schärfster und primitivster antikommunistischer Propaganda ihre Positionen gefestigt.“

„Für die überwiegende Mehrzahl der Bürger Ostdeutschlands unabhängig davon, ob sie PDS wählen oder nicht, ist Antikommunismus weder eine akzeptable Denkweise noch ein ernstgenommenes Argument.“

Für die überwiegende Mehrzahl der Bürger Ostdeutschlands unabhängig davon, ob sie PDS wählen oder nicht ist Antikommunismus weder eine akzeptable Denkweise noch ein ernstgenommenes Argument. Die bürgerlichen Parteien und die SPD nehmen diese Sachverhalte mit unterschiedlichem Tempo zur Kenntnis. Es könnte sein, daß sich in der SPD mit dem Mannheimer Parteitag und der Wahl Oskar Lafontaines zum Vorsitzenden ein etwas schnelleres Begreifen der Realitäten anbahnt, wobei die weitere Entwicklung abzuwar-

ten bleibt. Bisher war jedes laute Nachdenken der SPD über die Zusammenarbeit mit der PDS (und mehr war es ja bis vor kurzem nicht) mit Forderungen der SPD an die PDS verbunden: Man forderte programmatische Veränderungen („Die PDS hat ihr Godesberg noch vor sich“), vor allem aber die Ausgrenzung der Kommunistischen Plattform und die Anerkennung der Unrechtsstaats- these hinsichtlich der DDR. ... Es geht um härteste politische Konkurrenz, um das „Austrocknen“ und „Abwirtschaften“ der PDS. Damit ist die PDS verstärkt gefordert, ihr politisches Profil als linke sozialistische Partei deutlicher ausprägen. Recht haben diejenigen behalten, die das Bekenntnis zum Sozialismus als ein entscheidendes Kriterium der Glaubwürdigkeit der PDS ansahen. Nicht Konzessionen an den staatlich verordneten Antikommunismus, nicht die Anpassung an die offizielle „Unrechtsstaat“-Ideologie im Hinblick auf die DDR haben der PDS Vertrauen eingebracht, sondern konkrete Arbeit, vor Ort und eine deutliche antikapitalistische und sozialistische Orientierung.

„Die PDS wurde von einem erheblichen Teil der Wähler eben als sozialistische, systemkritische und als einzige konsequente Antikriegspartei gewählt.“

Bei Die PDS wurde von einem erheblichen Teil der Wähler eben als sozialistische, systemkritische und als einzige konsequente Antikriegspartei gewählt. Bei der Beschreibung der inneren Situation der PDS brachte Michael Benjamin die Konferenzteilnehmer zu einem lauten und fröhlichen Lachen, als er einige Genossen beim Namen nannte, die die Kommunistische Plattform und andere Parteilinke als „rechten Parteiflügel“ einordnen. „Dabei erinnerte ich mich eines Gesprächs, das ich vor mehreren Jahren, als die Gorbatschow-sche Perestroika (und mit ihr diese Begriffsverwirrung) begann, mit einem meiner Freunde, einem sowjetischen Kommunisten hatte. „Das ist ganz ein-

fach zu begreifen“, sagte mir damals mein Freund, „wenn man auf der Straße der Geschichte rückwärts marschiert, dann wird eben rechts zu links und links zu rechts.“ Michael Benjamins Standpunkt war klar: „Wir haben nur die eine PDS. Eine bessere gibt es nicht. Also müssen wir sie besser machen!“ Für die Kommunistische Plattform führte er aus: Wir „wollen, daß diese Partei in ihrer Vielfalt und Widersprüchlichkeit erhalten bleibt: Eine Partei, die sich nicht an die herrschenden Verhältnisse anpaßt; in der kommunistische, sozialdemokratische und andere Positionen auf lange Zeit nicht nur unter einem Dach miteinander existieren, sondern zusammenwirken, in der der theoretische Streit im Rahmen gemeinsamen Handelns stattfindet und die Praxis das Kriterium der Wahrheit bleibt. Und wie schnell man da manchmal eigene Auffassungen, z.B. über die Rolle der Arbeiterklasse, revidieren muß, zeigen uns gerade die französischen Arbeiter.“

„Bereits auf Kommunalebene müssen wir das Thema ‚Einsätze der Bundeswehr im Ausland‘ aufgreifen.“

Der Schwerpunkt am ersten Tag der Konferenz lag in der Diskussion der Probleme, die die Kommunalpolitik heute für Sozialisten darstellt. Marita Lemke, Mitglied des Parteivorstands der PDS und Vorsitzende einer Basisgruppe in Neuruppin, hielt das Hauptreferat. Sie schilderte eindringlich die fast ausweglos scheinende Situation. Die Kommunen stehen vor dem finanziellen Kollaps, der Kahlschlag in diesem Land geht weiter. „Mit dem Bundeshaushalt 1996 wird nun eine neue gesellschaftspolitische Etappe eingeleitet. Zum zweiten Mal seit 1953 sinken die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr. Fast überall wird gestrichen. Über 10 Mrd. DM, das entspricht einem Rückgang von 7,8%, werden im Bereich des Arbeits- und Sozialministeriums gekürzt. Im Arbeitsmarktbereich sollen 13,4 Mrd. DM gestrichen werden, das sind 36% weni-



Darum Bremen.

von Claudia Gohde

inden wir allemal“ nicht schlecht ge
en Weltenbummler ten wurden sie b
men. Das Ziel war Kind.



ger als im Vorjahr 1995. Aber auch der Bundeszuschuß von 10 Mrd. DM an die Bundesanstalt für Arbeit fällt dem Rotstift zum Opfer ... Auch vor der Kürzung der Arbeitslosenhilfe um weitere 3,4 Mrd. DM schreckt man in Bonn nicht zurück. Immer mehr Menschen werden gegenwärtig auf diese Art und Weise zu Sozialhilfeempfängern. Dies kommt vor allem den Kommunen teuer zu stehen, denn diese müssen die Sozialhilfeleistungen zahlen. So wird nicht nur der Sozialabbau kommunalisiert, sondern werden die Haushaltskassen in der

TERMIN E

4. / 7.1.: Die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung führt die Winterkurse der Linken Schule Schnepfenthal vom 4. bis 7. Januar 1996 durch (Donnerstag mittag bis Sonntag mittag). Wie immer finden drei Kurse statt, diesmal zu den Themen:

Philosophie: Religion und Staat, Glaube und Gewalt
Geschichte: Geschichte der Kommunalverfassungen
Wirtschaftspolitik/Gewerkschaftsbewegung: Kommunales Wirtschaften

Eine ausführlichere Ankündigung wird im beiliegenden ARGE-Rundbrief veröffentlicht.

Ort: Die Linke Schule findet wiederum in Schnepfenthal (Thüringen), Hotel Hermannstein statt. Anmeldung zu den Kursen für Interessierte aus den westlichen Bundesländern: GNN Hamburg, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. (0 40) 38 13 93, Fax (0 40) 3 89 83 31

27. / 28. 1. : 2. Tagung des 4. Parteitages der

PDS in Magdeburg.

Tagesordnung u.a.:

Politische Aufgaben der PDS 1996 bis 1998 (Debatte und Beschlussfassung); Die PDS in den Kommunen – Leittrag zur Kommunalpolitik; Bericht Rechenschaftslegung 1994; Wahlen zur Bundesschieds- und zur Finanzrevisionskommission; Beschlussfassung über die Finanzordnung der PDS.

9.-11.2.: Wintertreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen in der Jugendherberge in Osnabrück, Iburger Str. 2. Anmeldungen beim Büro der BAGs in Frankfurt, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt, Tel. 0 69 / 25 00 30, Fax 0 69 / 23 55 84

1. / 3. 3. : Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen in Mainz.

9./10. März: BWK-Bundeskongress in Köln.

10. März : Kommunalwahlen in Bayern.

24. März : Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

22. September : Kommunalwahlen in Niedersachsen



Hans-Michael Empell

Die Menschenrechte der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland

Völkerrichterliche Beiträge zum Kampf gegen die Isolationshaft



NEU IM GNN-VERLAG
106 Seiten, Preis 12 DM, bei Bestellungen ab 3 Stück buchhandelsübliche Bedingungen.
ISBN 3-926922-30-3
Bestellungen an: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Telefon 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93

Selbstbildnisse einer Partei ...

Standpunkt: PDS

Deutschland befindet sich im Krieg

von Sylvia Younes Kurlmann

Abbildungen aus „Disput – Mitgliederzeitschrift der PDS, links Nr. 7/1995, oben Nr. 13/1995



Kommunen dermaßen belastet, so daß es keine Spielräume für freiwillige Aufgaben, wie Jugendzentren, Altentagesstätten, Bibliotheken, Musikschulen, Sport- und Kulturförderung und Bildungseinrichtungen gibt ... In der Praxis sieht das dann so aus, daß die Abgeordneten vor solche Fragen gestellt sind, wie z.B. wollen wir nun das Frauenhaus oder die Schuldnerberatung finanziell unterstützen? ... Aber das Ziel heißt nun mal, herunter von den Schuldenbergen! Schaffen wir das nicht, dann heißt dies Zwangsverwaltung und Streichung aller freiwilligen Aufgaben! Und was dann? Doch woher kommen denn eigentlich diese Schuldenberge? ... Wenn eben 80% der vom Bundestag erlassenen Gesetze unmittelbare Auswirkungen auf die Kommunen haben, wenn eben durch das Jahressteuergesetz 1996 die Kommunen um weitere 4 Mrd. DM stärker belastet werden, wenn die Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschalen vom Land gekürzt werden und keiner im Bund und im Land sagt, wie man klar kommen soll, dann heißt dies: Die letzten beißen die Hunde. Der Staat zieht sich indes aus der Verantwortung für die Sicherung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger zurück. Diese Dinge werden zur Privatsache erklärt. Entweder man kann oder man kann nicht. ... Nicht zu übersehen ist die Tatsache, daß die auf Demokratieabbau gerichtete Innenpolitik der BR Deutschland und ihre zunehmende aggressive, militärische Außenpolitik die ganze Situation für uns noch viel komplizierter machen! ... Einen Zusammenhang, wie man sich z.B. militärisches Hinterland schaffen kann, sehe ich darin, daß in den näch-

sten drei Jahren 190.000 Ausbildungsplätze wegfallen oder schon angedacht wird, daß jeder Student pro Semester 1000 DM zahlen soll. Es wird Ruhe, Kinkel und Co leichtfallen, eine Freiwilligenarmee aufzubauen. Schließlich werden den Jugendlichen über die Bundeswehr kostenfreie Ausbildungsmöglichkeiten angeboten. Wie soll aber auch der Jugendliche seine Zukunft sehen, wenn er keine Perspektiven sieht. Dann fängt er an zu pokern. Entweder es gelingt oder es mißlingt. Glück oder Pech. Reich oder auf ewig arm? Ich glaube, als PDS kommen wir um diese Problematik nicht herum. Bereits auf Kommunalebene müssen wir das Thema „Einsätze der Bundeswehr im Ausland“ aufgreifen.“ In der Diskussion berichtete Andreas Grünwald von der kürzlich stattgefundenen Reichtumskonferenz in Hamburg und deckte die Zahlen über den immensen Reichtum an Geld und Kapital auf, der den Gegenpol zu den ausgeplünderten Kommunen darstellt.

„Der Widerstand gegen jegliche imperialistische Interventionspolitik, egal unter welchem Vorwand, Kommando oder Helm ist Verpflichtung und Aufgabe jedes Mitgliedes der PDS.“

Ein solcher Antrag wird im Januar auf dem Parteitag gestellt werden, so empfahl es die Basiskonferenz den anwesenden Delegierten. Die Arbeitsgruppe „Krieg und Frieden“ hatte diesen Vorschlag gemacht, um wie sich ihr Sprecher ausdrückte, „einen Pflock für die gesamte Partei einzuschlagen, hinter den es nicht zurückgeht“. Hintergrund

dafür war das Diskussionspapier vom Oktober 1995, das aus dem von der PDS-Bundestagsabgeordneten Andrea Lederer geleitetem „Arbeitsbereich Außenpolitik und Friedenspolitik“ stammt. In dem Papier, in dem zum Beispiel drinsteht: „Unsere Position: ... Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts, ... des Rechts auf Entwicklung und Bewahrung der Natur sind keine inneren Angelegenheiten, sondern internationale Fragen. Souveränität und Nichteinmischung dürfen keine Mauern zur Bewahrung völkerrechts- und menschenrechtswidriger Zustände im Innern eines Landes sein.“ Entsprechend werden sogenannte friedenserhaltende Einsätze „nicht generell abgelehnt“ und als „in bestimmten Fällen hilfreich“ gekennzeichnet, wird die Diskussion darüber gefordert, ob „wir uns eine ‚vorsorgliche Stationierung‘ von Blauhelmen vorstellen (können), um den Ausbruch eines Konflikts zu verhindern“, und werden einige nette Spielregeln aufgestellt, mit denen man die UNO reformieren könne (Punkt a). Im Punkt b) wird dann die Frage gestellt: „Können wir uns auch als ein Schritt zur Überwindung des militärischen Gewaltmonopols der Einzelstaaten vorstellen, daß unter den (unter a) genannten Bedingungen und Voraussetzungen die Durchsetzung des ursprünglichen Anliegens kollektiver Friedenssicherung durch militärische Kräfte erfolgt, die einzelstaatlicher Hoheit und Verfügung entzogen sind, der UNO ständig zur Verfügung stehen und unter ihrem alleinigen Kommando militärische Aufträge ausführen?“ Das Papier hat großes Aufsehen in und bei der PDS erregt, und „es hat sich gezeigt, daß die darin zur Dis-

kussion gestellten Standpunkte von den Parteimitgliedern fast einhellig abgelehnt werden“, wie Michael Benjamin ausführte. Schon bei der Eröffnung der Basiskonferenz hatte der Bundestagsabgeordnete der PDS, Rolf Köhne, den Versammelten versichert, daß die Bundestagsfraktion der PDS geschlossen den Kabinettsbeschuß zum Bundeswehreinsatz in Bosnien ablehnen wird. In der Tat: Am 6. Dezember 1995 war die PDS-Bundestagsfraktion wieder die einzige Fraktion, die es einstimmig ablehnte, die deutsche Großmachtspolitik zu unterstützen.

Die Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ konnte nicht ganz so einfach und eindeutig wie die zu „Krieg und Frieden“ die aktuell „dringendste(n)“ Aufgabenstellung(en) herausfinden. Das liegt vor allem in der Situation selbst, daß es so viele brennende Nöte gibt, und daran, daß die Entsolidarisierung der Beschäftigten mit Flexibilisierung, Individualisierung, Vereinzelung und Verarmung zunimmt. Die Arbeitsgruppe Innerparteiliche Demokratie schlug vor, die Quotenregelung bei den Mandaten für die Parteitage delegierten zugunsten der Nicht-Funktionsträger zu verändern. Die anwesenden Delegierten werden dies beim Parteitag beantragen. Die Versammelten waren sich darin einig, daß dem Parteitag der PDS die Thesen „Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende Zur Strategie der PDS in den nächsten Jahren“*) vorgelegt werden sollen.

*) Die Thesen wurden erarbeitet von Michael Benjamin, Joachim Bischoff, Ellen Brombacher, Dieter Frielinghaus, Heinz Jung, Heinz Marohn, Ekkehart Sauermann, Sahra Wagenknecht und unterstützt von Gerhard Branstner und Moritz Mebel.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Aus Kultur und Wissenschaft: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung

Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt. Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

Name:

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)

Straße:

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

Postleitzahl/Ort:

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Konto-Nr. /BLZ:

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

(BankUnterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse

Nachrichtenverbindungen:
Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6 94 92 57, Fax: 030 / 6 94 94 54.
Hamburg: GNN-Verlag, Palmalle 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31.
Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11 / 458 37 93
Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.
München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5 02 65 41, Fax: 089 / 5 02 81 12.
Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93.
Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 62 15 32.

Während in der offiziellen Geschichtsschreibung die Beschönigung des Faschismus betrieben wird, nehmen an vielen Orten die Bestrebungen zu, die Spuren der faschistischen Verbrechen zu sichern und breit zugänglich zu machen. Der unten dokumentierte Beitrag entstand für die „az - antifaschistische Zeitung für Freiburg“ zum Gedenken an die Deportation der jüdischen Menschen am 22. Oktober 1940, dem Laubhüttenfest vor 55 Jahren.



Links: Das Konzentrationslager Gurs im Südwesten Frankreichs. Hier starben 1260 Deportierte. Oben: Die Freiburger Synagoge vor der Zerstörung am 9.11.1938. Bilder aus dem Buch „Verfolgung, Widerstand und Neubeginn in Freiburg 1933 — 1945“, Herausgegeben von Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten Kreis Freiburg

Vor 55 Jahren, am 22. und 23. Oktober 1940, wurden etwa sechseinhalbtausend jüdische Menschen aus Baden, der Pfalz und dem Saarland in das südwest-französische Internierungslager Gurs deportiert, so auch Menschen aus Freiburg. Angesichts unsäglichster Lebensverhältnisse in Gurs und anderen Lagern starben viele schon in den allerersten Wochen. Sehr wenigen gelang die Befreiung oder Flucht, die meisten wurden ab August 1942 von Gurs oder anderen französischen Camps in die deutschen Vernichtungslager des Ostens deportiert und ermordet.

Im Oktober 1940 beeilten sich die sogenannten Gauleiter Robert Wagner und Joseph Bürckel, dem „Führer“ als erste ihre südwestdeutschen Gaue „judenrein“ melden zu können, und so wurden am 22. Oktober 1940 auch die Geschwister Else, Martha und Robert Liefmann aus Freiburg von der Gestapo abgeholt. Sie lebten bis dahin in Freiburg in der Goethestr. 33. Nach der Deportation machte sich in dem Haus Goethestr. 33 die Gestapo breit, die vorher im Basler Hof residierte. Später wurde dort auch die SS-Standarte 65 untergebracht. Nach 1945 bis heute benutzt die Verkehrspolizei das Gebäude.

Der 22. Oktober 1940 war das Laubhüttenfest. Die Wahl dieses hohen jüdischen Feiertags zur Deportation war eine typisch zynische Nazischikane, die die Liefmanns, als evangelisch getaufte JüdInnen, wahrscheinlich gar nicht bemerkten. Wie sie den Befehl zur Deportation erlebten, beschreiben Martha und Else folgendermaßen:

„Es war am 22. Oktober 1940, morgens gegen 9 Uhr, als es schrill an unserer Hausglocke läutete. Gleich darauf hörten wir Männerstimmen, und schon standen zwei Leute in unserem Zimmer: „Machen Sie sich fertig, in einer Stunde haben Sie das Haus zu verlassen. Sie können mitnehmen, was jeder tragen kann, auch etwas zu essen.““

Robert Liefmann wurde noch 1924 der juristische Ehrendokortitel der Universität Freiburg verliehen, er war Professor für Nationalökonomie und lehrte an der Uni Freiburg. 1933 erhielt Robert Liefmann, wie alle „nichtarischen“ HochschullehrerInnen, Lehr- und Publikationsverbot. Noch 1939 versicherte man ihm, daß er aufgrund seiner Verdienste fürs Vaterland unbesorgt mit seinen Schwestern in ihrem Haus in der Goethestraße leben könne. Das Gegenteil war der Fall. Die Geschwister Liefmann mußten alles zurücklassen und

wurden deportiert. Der erste Brief von Else aus Gurs ist vom 31.10.1940:

„... Wir sind nach 50stündiger Fahrt jetzt im Camp de Gurs, Basses Pyrenées, Martha und ich sind wenigstens zusammen. Ich arbeite als Ärztin, das gibt viel Arbeit, ist aber wohlütig ... unsere Ernährung besteht aus einer Tasse Kaffee mit Brot (300 Gramm pro Tag) morgens, einem Teller Suppe mittags und abends. Es ist ja auch nicht möglich bei so viel Tausenden von Menschen. Man muß ja schon dankbar sein für alles, was geschieht. Was man sieht und hört an Tragödien, ist unbeschreiblich. Babies von wenigen Wochen, alte Leute bis 98 Jahre. Kranke, Sterbende, Irre, Krüppel, unbeschreiblich. – An die Vergangenheit darf man nicht denken und noch weniger an die Zukunft.“

Ein Tag nach der Abschiebung ordnete Gauleiter Wagner die Beschlagnah-

ren, war es für Else Liefmann selbstverständlich, sich als ausgebildete Kinderärztin einzusetzen. Sie beschreibt in einem Brief vom Anfang Dezember 1940 die unerträgliche Kälte:

„Auch ist das eiskalte Wasser für die älteren Frauen, im Freien (sich) zu waschen, nicht geeignet. Sie müssen sich dann selbst auf dem einen Öfchen mit seinen 60 cm Durchmesser Ofenplatte alles kochen und wärmen. Da fällt auf die einzelne nicht viel ab. Ihr könnt Euch das Stöhnen und Jammern wohl vorstellen, wenn ich morgens komme, um meine Patienten zu besuchen.“

In Elses Briefen an den Flüchtlingssekretär des Ökumenischen Rates in Genf beschreibt sie immer wieder die schlechten Lebensbedingungen: die durchnässten und verschlammten Wege im Lager, die unzureichenden Wohnbaracken und das massenhafte Sterben.

mann gelang erst im September 1942 die Flucht in die Schweiz. Sie schreibt darüber in ihrem Buch:

„Es hatten sich dazu in den Grenzorten Männer gefunden, die einem neuen Beruf, Verfolgte über die Grenze zu bringen, nachgingen, der recht einträglich war, da sie eine ganze Equipe von Verfolgten zusammenstellten, die sie meist in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag über die Berge in die Schweiz brachten. Keine sehr ehrenhafte Tätigkeit, sofern sie sich von den Verfolgten bezahlen ließen.“

Else und Martha Liefmann bleiben in der Schweiz, nach dem Krieg lehnten sie das Angebot ab, ihre deutsche Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen:

„Zu sehr fühlten wir uns durch die Geschehnisse seit 1933 betrogen, zu wenig konnten wir das Mißtrauen unterdrücken, daß sich nun in Deutschland jedes und alles geändert haben sollte ... Die Entnazifizierung dünkte uns eine Farce“.

Beide Frauen starben in Zürich, Else wurde 89 Jahre alt.

Seit 1994 gibt es in Freiburg-Weingarten den Else-Liefmann-Platz.

Die Geschichte dieser Frauen, ihre Rettung, ist keineswegs repräsentativ für die Situation jüdischer Menschen aus Gurs. Mit der Wannseekonferenz, der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“, wurde beschlossen, jüdische Menschen in den Vernichtungslagern im Osten zu ermorden. So verließ Ende Juli 1942 der erste Zug das Internierungslager Gurs mit 1500 Jüdinnen und Juden Richtung Auschwitz. Jeanne Merle, eine damalige Flüchtlingshelferin, beschreibt:

„Am 31. Juli sehen wir beim Erwachen, daß das Lager von der sogenannten schwarzen Polizei umzingelt ist; alle zwei Meter ein Polizist. Um 16 Uhr begann man, die Internierten aus ihren Blocks herauszuholen und sie auf den Listen anzukreuzen, diesmal die Namen von A - M. Die 1500 Personen des ersten Transportes kannte ich alle ...“

In den folgenden Monaten transportiert ein Zug nach dem anderen jüdische Menschen in die Vernichtungslager Treblinka, Sobibor, Majdanek und Auschwitz. Das teilweise geleerte Lager Gurs wurde von neuem gefüllt. Die Faschisten hatten in der ganzen Gegend erfolgreiche Razzien gegen Illegalisierte durchgeführt.

Ungefähr 76000 jüdische Menschen wurden aus Frankreich in die Vernichtungslager deportiert, viele starben aufgrund der schlechten Lagerbedingungen oder wurden hingerichtet.

Deportationen jüdischer Menschen nach Gurs

Nachrichten vom Schicksal der Geschwister Liefmann aus Freiburg

mung des gesamten Vermögens der aus Baden deportierten JüdInnen an. Zunächst wurde das beschlagnahmte Vermögen, also ganze Wohnungseinrichtungen zugunsten des Landes Baden versteigert, später wurde verfügt, daß das Vermögen treuhänderisch verwaltet wird. Der Erlös aus dem versteigerten Vermögen wurde auf gesperrte sogenannte „Anderkonten“ eingezahlt.

Aber zurück nach Gurs: Das Lager Gurs in Südfrankreich diente seit 1939 als Internierungslager für Flüchtlinge aus dem Spanischen Bürgerkrieg. Seit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges waren dort auch Frauen interniert, die als „unerwünscht“ titulierte wurden, also viele deutsche Jüdinnen und politisch verfolgte Frauen, die nach Frankreich oder Belgien emigriert waren. Zeitweise lebten 23 000 Menschen in Gurs. Da die hygienischen Zustände schlecht und Krankheiten entsprechend häufig wa-

In weiteren Briefen bittet sie verschiedene Organisationen und Bekannte, ihr und ihren Geschwistern die Ausreise in ein anderes Land, z.B. in die Schweiz, zu ermöglichen. Dies war teilweise möglich, aber nicht einfach, denn die Schweizer Flüchtlingspolitik handelte nach dem Motto: Das Boot ist voll. Nach der Okkupation Österreichs durch Nazideutschland flüchteten viele Jüdinnen und Juden in die Schweiz, worauf der Schweizer Bundesrat Ende März 1938 einen Visumzwang beschließt, der bald auch für jüdische Menschen aus Deutschland gilt. Außerdem regte die Schweiz die Kennzeichnung der Pässe aller jüdischen Menschen aus Deutschland durch ein großes rotes J an. In der Nähe von Gurs stirbt im März 1941 Robert Liefmann aufgrund einer schweren Krankheit, Martha erhält einen Monat später, im April 1941, eine Einreisegenehmigung in die Schweiz. Else Lief-